

Palästina Journal

Ausgabe 13 · Mai 2018
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft

Nakba

Warum ich über mein Dorf schreibe
Albert Einstein nach dem Massaker in Deir Yassin
Großer Rückkehrmarsch in Gaza

Aktivitäten

DPG-Studentagung: „70 Jahre Nakba“
Interview mit der Initiatorin der Nakba-Ausstellung
DPG postet an Außenminister Maas

Weltweite Solidarität

Sofortiges Waffenembargo!
An ADIDAS: Kein Sponsoring von Siedlungen!
BDS-Bewegung für Friedensnobelpreis vorgeschlagen
Freiheit für Ahd Tamimi!



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Jürgen Sendler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2018 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Großer Rückkehrmarsch-Protest, Gazastreifen,
10.4.2018
Palästinenserinnen sitzen neben einem Zelt im
Rückkehr-Camp in der Nähe der Gaza-Sperranlage.
Es ist die zweite Woche des Protestes im östlichen
Gazastreifen in der Nähe von Shujayia. Über 30.000
Palästinenser*innen haben bei den massiven Protes-
ten „Der große Rückkehrmarsch“ teilgenommen. Sie
fordern das Rückkehrrecht für die palästinensischen
Flüchtlinge und ein Ende der Gaza-Blockade. Die Pro-
teste begannen am Tag des Bodens und gehen bis
zum Nakba-Tag. Bislang hat die israelische Armee
über 30 Palästinenser getötet und mehr als 2000
verletzt, viele durch scharfe Munition.

FOTO // MOHAMMED ZAAOUN
www.activestills.org

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 13 · Mai 2018



- 03 Nachrichten aus Palästina** // Beeindruckender „Großer Rückkehrmarsch“ / Tourismus / US-Waren-Boycott / UN-Sonderberichterstatter: Israel hat rote Linie überschritten / Grabeskirche geschlossen / Tränengaswaffe gegen Demonstrant*innen / Saudis unterstützen Palästina / Kriminalisierung eines Vertriebenen / Erstmals mehr Palästinenser*innen
- 06 Schwerpunkt Nakba** // Warum ich über mein Dorf schreibe, von Jaber Mussa Nassar
- 09 Schwerpunkt Nakba** // 70. Jahrestag des Massakers in Deir Yassin
- 10 Schwerpunkt Nakba** // Folge der Nakba: Gründung der UNRWA
- 11 Deutsche und EU-Nahostpolitik** // Sigmar Gabriel und die israelische Apartheid / Auswärtiges Amt zur Lage im Gazastreifen / Lobbyarbeit des israelischen Außenministeriums / Erste europäische Hauptstadt öffnet sich für BDS / Dänemark erklärt Siedlungen für illegal / Nachtrag zum Thema „Antisemitismus-Definition“ im Palästina Journal Nr. 12
- 12 Info-Tafel** // Der Konflikt auf einen Blick
- 13 Aktivitäten** // Regionalgruppen / DPG-Brief zu Gaza an das Auswärtige Amt / München schränkt Israel-Kritik ein / DPG-Studententagung: „70 Jahre Nakba – Gerechtigkeit für die Palästinenser“ / Vortrags-Rundreise von Issa Amro / DPG-Jahreshauptversammlung / Veranstaltung mit Abdallah Frangi / Interview mit der Initiatorin der Nakba-Ausstellung / Kirche kündigt Räume in Nürnberg / DPG postet an Außenminister Maas / Projekte im besetzten Palästina
- 16 Schwerpunkt Nakba** // Großer Rückkehrmarsch in Gaza
- 18 Weltweite Solidarität** // Appell des BNC: Sofortiges Waffenembargo! / An ADIDAS: Kein Sponsoring von Siedlungen! / Demos für Gaza / KoPI solidarisch mit Gaza / BDS-Bewegung für Friedensnobelpreis vorgeschlagen / Gewerkschaften unterstützen BDS / Aufruf zur Freedom Flotilla 2018 / Aufforderung zur Befehlsverweigerung / Kriegsdienstverweigerung / Freiheit für Ahd Tamim!
- 21 Medienempfehlungen** // Buch: Die Antisemitenmacher / Ausstellung: „Welcome to Jerusalem“ / Buch: Land ohne Hoffnung? / Film: „The stones cry out“ / Film: On the Side of the Road – Israels kollektive Verdrängung der Ereignisse von 1948 (der Nakba) / Kunstausstellung: Steve Sabella / Tanz: Muhammad Tamim / Fotoausstellung: Landschaften / Buch: 100 Dokumente aus 100 Jahren / Buch: Reuven Moskovitz (1928–2017)
- 22 Poesie** // Das Kamel und der Hahn
- 23 Kommentare** // Likud gibt Startschuss für Annexion des Westjordanlandes / Wattebällchenwurf statt Sanktionen
- 24 Kunst** // Kaktus von Mohamed Abusal, Gaza

Liebe Leser*innen,

mit Nakba, (Katastrophe), wird im Arabischen die Flucht und Vertreibung von über 700.000 Palästinenser*innen aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina bezeichnet. Während in Israel die Staatsgründung am 14. Mai gefeiert wird, gedenken Palästinenser*innen am 15. Mai der Nakba, die sich in diesem Jahr zum 70. Mal jährt. Ein weiteres wichtiges Thema in dieser Ausgabe ist der mutige Große Rückkehrmarsch der Palästinenser*innen im Gazastreifen.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

FOTO // MOHAMMED ZANOUN



Großer Rückkehrmarsch-Protest, Gazastreifen, 6.4.2018: Palästinenser stehen vor einer riesigen Rauchwolke, die durch brennende Reifen verursacht ist, in der Nähe des Gaza-Grenzzauns im östlichen Gazastreifen bei Jabaliya. Es ist die zweite Woche des Protestes. Über 30.000 Palästinenser*innen haben bei den massiven Protesten, dem „großen Rückkehrmarsch“ teilgenommen. Sie fordern das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge und ein Ende der Gaza-Blockade. Die Proteste begannen am Tag des Bodens und gehen bis zum Nakba-Tag. Bislang hat die israelische Armee über 30 Palästinenser getötet und mehr als 2000 verletzt, viele durch scharfe Munition. activestills.org

GROSSER RÜCKKEHRMARSCH-PROTEST, GAZASTREIFEN, 6.4.2018

Am zivilgesellschaftlich organisierten und von Politikern unterstützten „Großen Rückkehrmarsch“ haben zehntausende von Palästinenser*innen in Gaza teilgenommen. Gleich zu Beginn am Karfreitag und darauf reagierte die israelische Armee mit tödlicher Gewalt gegen die Demonstrant*innen. Am 30. März erschoss die israelische Armee nach Angaben von Al Haq 18 Palästinenser und verletzte 1416 Demonstrant*innen. Unter den Getöteten: *Muhammad Kamal Al Najjar, 25; Bader Fayed Al-Sabbagh, 19; Abd Al-Fattah Bahgat Abd Al-Nabi, 19; Ahmad Ibrahim Odeh, 19; Mahmoud Sa'di Rahmi, 33; Muhammad Nai'm Abu Amro, 26; Jihad Ahmad Farina, 34; Jihad Zuheir Abu Jamous, 29; Abd Al-Qader Mardi Al-Hawajri, 42; Naji Abdallah Abu Hajir, 25; Amin Mahmoud Mu'amar, 25; Ibrahim Salah Abu Sha'ar, 20.* Am 6. April tötete die israelische Armee nach Angaben von Al Haq bei den Protesten acht Demonstranten und einen Journalisten. Verletzt wurden 795 Personen; *Usama Khamis Odeih, 39; Abd Al-Rahman Murtaja, Journalist, 31; Hamza Eid Abd Al-'Aal, 30; Ibrahim Ziyad Al-'Irr, 20; Sudqi Taleb Abu Atwi, 45; Muhammad Sa'id Saleh, 33; Alaa' Addin Al-Zamili, 16; Hussein Muhammad Madi, 14* wurden erschossen. Während des „Großen Rückkehrmarsches“, der am 15. Mai seinen Höhepunkt erreichen wird, marschieren die Demonstrant*innen zu den Checkpoints und der Trennmauer, um ihr Rückkehrrecht einzufordern. Mit dem Marsch erinnern sie an die Nakba, „die Katastrophe“, in der 75% der palästinensischen Bevölkerung von ihrem Land vertrieben wurde, sowie an den Tag des Bodens vom 29. März 1976. Sechs Palästinenser wurden an jenem Tag vom israelischen Militär getötet und über 100 verletzt, während sie friedlich gegen die rechtswidrige israelische Beschlagnahmung ihres Landes, die 21.000 Dunum in Galiläa umfasste, protestierten.

GRABESKIRCHE GESCHLOSSEN

Aus Protest gegen Steuerforderungen der israelischen Behörden in Millionenhöhe haben die christlichen Kirchen in Jerusalem die Grabeskirche in Jerusalem am 25. Februar 2018 geschlossen. Tausende Touristen mussten enttäuscht wieder gehen. Vor der geschlossenen Kirche hielten die kirchlichen Oberhäupter eine Pressekonferenz. Dem vorausgegangen war eine Entscheidung des Jerusalemer Bürgermeisters, kirchliche Bankkonten einzufrieren. Barkat versuchte gar Eigentum der katholischen Kirche zu konfiszieren. Die Kirchen weigern sich, Steuern an die Jerusalemer Stadtverwaltung zu zahlen und berufen sich auf Abkommen, die eine einseitige Maßnahme verbieten. Beide Seiten haben sich auf eine gemeinsame Arbeitsgruppe geeinigt. Die Kirche wurde nach drei Tagen wieder geöffnet.

UN-SONDERBERICHTERSTATTER: ISRAEL HAT ROTE LINIE ÜBERSCHRITTEN

Der Sonderberichterstatter über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten S. Michael Lynk schreibt in seinem Bericht für die UN-Generalversammlung vom 23. Oktober 2017, dass Israel seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, die Besatzung als Treuhänder für das Wohlergehen der Menschen im besetzten Gebiet zu handhaben.

„Die angeführten Belege zeigen, dass Israel als Besatzungsmacht das palästinensische Gebiet wie eine interne Kolonie regiert hat, intensiv damit beschäftigt war, das Land und die Ressourcen zum alleinigen Nutzen Israels auszubeuten und sich gegenüber den Rechten und berechtigten Interessen der palästinensischen Menschen bestenfalls gleichgültig verhalten hat.“

Er plädiert für ein Ende der Besatzung, denn **„Staaten, die fremdes Gebiet unter internationaler Aufsicht verwalten – ob als Besatzer oder als Mandatsmacht –, überschreiten die rote Linie zur Illegalität, wenn sie die fundamentalen Verpflichtungen, die sie als ausländische Machthaber haben, verletzen. Der Internationale Gerichtshof bestätigt in seinem Namibia-Gutachten diese Feststellung.“**

Der Sonderberichterstatter stellt klar, **„dass Israel als Besatzungsmacht diese rote Linie überschritten hat. Die Herausforderung, der sich die internationale Gemeinschaft jetzt gegenüber sieht, besteht darin, diese Analyse zu bewerten und im Falle einer zustimmenden Bewertung angemessene diplomatische und juristische Maßnahmen zu ergreifen, durch die die Besatzung Schritt für Schritt vollständig und endgültig beendet wird.“**

Der Sonderberichterstatter empfiehlt **„für den Fall, dass festgestellt wird, dass das Vorgehen Israels als Besatzungsmacht nicht mehr rechtmäßig ist, die Verabschiedung einer „Uniting for Peace“-Resolution zur Palästinafrage in Betracht zu ziehen“.**

Tränengaswaffe gegen Demonstrant*innen

Wie Aktivist*innen aus dem Westjordanland berichten, setzt die israelische Armee vermutlich seit 2016 eine neue Version von Tränengasgranaten ein. Sie sind schwerer und im Flug nicht sichtbar, weil sie keine Rauchfahne hinterlassen. Sie haben eine aerodynamische Form, wie eine gigantische Gewehrpatrone, fliegen weiter und sind deshalb gefährlicher.

„Die Waffe ist eine Tränengasgranate aus Eisen und hat mindestens 100 Meter Entfernung. Sie fliegt lautlos und unsichtbar durch die Luft und explodiert im Flug, was ihr zusätzliche Schubkraft gibt. Die Granate fliegt, bis das Tränengas ausgeht.“

Nicht zum ersten Mal ist das besetzte Palästina ein Testgelände für neue israelische Waffen. Die neue Tränengasgranate erinnert an die Hochgeschwindigkeitstränengaskanister, die 2009 eingesetzt wurden. Im April 2009 schoss ein israelischer Soldat einen dieser Kanister direkt auf Bassem Abu Rahma, der zusammen mit anderen Dorfbewohnern gegen die israelische Mauer bei Bilin protestierte. Der Demonstrant starb an seinen Verletzungen und die Familie sucht bis heute Gerechtigkeit vor den israelischen Gerichten.

FOTOS // PRIVAT



Von der israelischen Armee gegen Demonstrant*innen eingesetzte Tränengasgranate.

ISRAELISCHE NAKBA-GESETZGEBUNG

2008 verbot das israelische Ministerium für Kultur und Sport die Verwendung des Wortes Nakba in arabischsprachigen Schulbüchern, weil es keinen Grund gebe, die Gründung des Staates Israel als Katastrophe darzustellen. Rechtsgerichteten Israelis sind die Gedenkfeiern arabischer Israelis ein Dorn im Auge, da diese des Nakba-Tages am israelischen Unabhängigkeitstag gedenken. Das im März 2011/2012 modifizierte Gesetz verbietet zwar nicht das Gedenken, aber bestraft jene Institutionen, die solche Gedenkfeiern abhalten oder unterstützen, mit Kürzung von staatlichen Förderungen.

SAUDIS UNTERSTÜTZEN PALÄSTINA

Nachdem der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman in einem Interview im US-Magazin „The Atlantic“ erklärt hatte, Palästinenser und Israelis hätten ein Recht auf ein eigenes Land, hat sein Vater, König Salman, die Unterstützung für Palästina bekräftigt. Er betonte in der staatlichen Nachrichtenagentur SPA **„die treue Haltung des Königreichs zur Palästina-Frage und das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt“.**

ERSTMALS MEHR PALÄSTINENSER*INNEN

Erstmal leben in Palästina und Israel mehr Palästinenser*innen als jüdische Israelis. Eine halbe Million seien es mehr, teilte die israelische Armee Knesset-Abgeordneten mit. Nach Angaben des in Nazareth lebenden Journalisten Jonathan Cook konnten die Politiker*innen dies kaum glauben. Schon lange fürchten israelische Behörden, dass die Welt eine Minderheit von Israelis, die über eine Mehrheit von Palästinenser*innen regiert, als Apartheid ansehen wird.

EXZESSIVE GEWALT AN PALÄSTINENSERN

In seinem Monatsbulletin für Januar 2018 hat OCHA, das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen, den Anstieg von Tötungen und Verwundungen von Palästinensern durch israelische Soldaten als besorgniserregend notiert und von möglicher „exzessiver Gewalt“ gesprochen. Vom 6. Dezember, der US-Anerkennung von Jerusalem als israelische Hauptstadt bis zum 30. Januar 2018 waren 20 Palästinenser und ein Israeli getötet worden, mehr als 5.000 Palästinenser und 17 Israelis wurden verwundet.

FOTO // RÖM



Eingang zur Grabeskirche: Fast alle christlichen Pilger*innen möchten die Grabeskirche in Ost-Jerusalem sehen.

TOURISMUS

Jährlich besuchen rund vier Millionen Tourist*innen, hauptsächlich christliche Pilger*innen und eine zunehmende Anzahl von Muslim*innen aus Asien die heiligen Stätten, von denen viele im besetzten Palästina liegen. Um von den palästinensischen Stätten zu profitieren, hat das israelische Tourismusministerium die territorialen Grenzen zwischen dem besetzten Palästina und Israel verwischt, wie die Palästinensische Autonomiebehörde in ihrer Studie „The Annexation of Tourism“ untersucht hat. Zu Israels Marketing-Strategie auf internationalen Tourismusbörsen und im Internet gehöre es, zu verschweigen, dass Ost-Jerusalem, Bethlehem, Jericho oder Nablus außerhalb von Israel liegen. Israelische Reiseunternehmen führen dort Touren durch und verstoßen damit gegen sämtliche ethischen und nachhaltigen Tourismusgesetze.

KRIMINALISIERUNG EINES VERTRIEBENEN

Amos Gvirtz schreibt: „Nach der Entscheidung des Beer Sheva Magistrats-Richters Yoav Atar ist Sheik Sayah Abu Medigham Al Touro ein Krimineller, der eine zehn-Monate Gefängnis-Strafe verdient, weil er in Land eindringt, von dem er behauptet, es sei sein Land. Dies sind Ländereien, die Sheik Sayahs Urgroßvater 1905 rund um das Gebiet von Al Araqib, gekauft hat. 1952 sagte der israelische Militärgouverneur dem damaligen Sheik, dass die israelische Armee beabsichtigt, in dem Gebiet Manöver abzuhalten und dass die Beduinen dieses Stammes das Gebiet für ein halbes Jahr verlassen sollen – bis die Manöver vorüber sind. Als sie fragten, ob sie auf ihr Land zurückkehren könnten, wurde ihnen gesagt, sie müssten Pacht zahlen. Natürlich wollten sie nichts von Pachtgebühren hören, die sie für ihr eigenes Land bezahlen sollten. 1953 hat das israelische Parlament das Gesetz verabschiedet, das u.a. festsetzte, dass Land, das eine gewisse Zeit nicht benutzt wurde, nach dem Gesetz zu „Staatsland“ erklärt wird. So wurden Menschen vertrieben und das Land vom Staat übernommen. Dies war einfach Landraub durch Gesetzgebung.“ // GVIRTZ IST EIN ISRAELISCHER MENSCHENRECHTSAKTIVIST.

US-WAREN-BOYKOTT

Nach der Entscheidung von US-Präsident Trump, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, hat das PLO-Exekutivkomitee-Mitglied und Chef der Abteilung für die ausgebürgerten Palästinenser*innen, Tayseer Khaled, zum Boykott US-amerikanischer Waren aufgerufen. Trump verleugne die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, beginnend mit Nr. 215 vom 2. Mai 1968, die israelische Militärparaden in Jerusalem verbietet, Nr. 476 vom 30. Juni 1980, die Israels Änderungen an Jerusalem nicht anerkennt, Nr. 478 vom 29. August 1980, die dazu aufruft das Israel-Gesetz nicht anzuerkennen und die Botschaften aus Jerusalem abzuziehen bis zur Resolution 2334 vom 23. Dezember 2016, die die seit 1967 errichteten Siedlungen inklusive in Ost-Jerusalem für illegal erklärt.

Schwerpunkt: Nakba

Warum ich über mein Dorf schreibe

Ich wurde 1919 in Al-Mujeidel geboren. Wie viele andere Dörfer sollte auch mein Dorf nach der Zerstörung in Vergessenheit geraten. Auf seinen Trümmern wurden Bäume gepflanzt, auf seinen Ruinen wurde eine neue Siedlung gegründet. Heutzutage ist alles so verändert, dass man kaum noch etwas von den Resten des Dorfes ausfindig machen kann. Die Besatzungsbehörde begann so schnell wie möglich – unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen – damit, die sichtbaren Folgen der Zerstörung auszuradieren. Ein in Nazareth lebender Verwandter berichtete mir von einem schockierenden Erlebnis: Schon Ende der 50er Jahre, auf dem Weg von Haifa nach Nazareth, wurde er von einem befreundeten Touristenbusfahrer mitgenommen, der bei den Überresten von Al-Mujeidel den Businsassen erklärte: „Hier sehen Sie zwischen den neu gepflanzten Bäumen die Ruinen eines Dorfes, das bis in die Römerzeit zurückdatiert werden kann und bei einem Erdbeben oder einer ähnlichen Naturkatastrophe zerstört wurde.“

Dieser Bekannte war es dann, der mir voller Erregung sagte:

„Jemand muss die Geschichte von Al-Mujeidel aufschreiben, sonst wird niemand je die Wahrheit erfahren.“

FOTO // PALESTINEREMEMBERED.COM
Erntearbeiten



WASSER, LAND UND LAGE

■ Al-Mujeidel lag in einer Ebene inmitten eines Berglandes, etwa 400 Meter über dem Meeresspiegel am südlichen Ende der galiläischen Berge. Es befand sich sechs Kilometer westlich von Nazareth auf dem Weg nach Haifa. Kaum einen Kilometer südlich des Dorfes fiel das Bergland steil zu der fruchtbaren „Ebene Jesreel“ ab, die auch den Namen „Marj Ben Amer“ trägt, und von der ein guter Teil auch im Besitz Al-Mujeidels war. Nördlich des Dorfes verlief „das tiefe Tal“, das sehr dicht mit Olivenbäumen bewachsen war. Es nahm seinen Anfang im benachbarten Dorf Jafa und mündete in den Kishonfluss. Im Sommer war er meist trocken, doch im Winter beförderte er große Wassermassen. Gewöhnlich entstehen Dörfer dort, wo die Trinkwasserversorgung gesichert ist. Al-Mujeidel hatte in dieser Beziehung viel Glück, denn im Dorfgelände allein entspringen zehn Quellen.

Al-Mujeidel war reich an Grundbesitz. Etwa zwölf Quadratkilometer Land, sowohl im Bergland als auch rund um das Dorf herum, gehörten zu der kleinen Gemeinschaft. Dazu kamen weitere 15 Quadratkilometer in der Ebene. Das raue Bergland war meist mit Olivenbäumen und Fruchtgärten bepflanzt, unterbrochen von ebenen und fruchtbaren Flächen, auf denen Korn, Melonen, Gurken und Gemüse gediehen. Auf der Ebene wurden im Winter Weizen und im Sommer Mais und Sesam gesät. Sommer- und Wintergewächse wurden auf zwei verschiedenen Flächen immer abwechselnd gepflanzt, um eine möglichst optimale Ausnutzung des Bodens zu gewährleisten. Die Dorfgemeinde, geleitet von den Älteren, bestimmte, wann und wo der Boden bebaut, gepflügt oder abgeerntet wurde. Die Bauern benutzten immer noch den „alten Pflug von Onkel Kain“, der von Pferden oder Ochsen gezogen wurde. Mit modernen Pflugmaschinen geht die Arbeit schneller und gründlicher vonstatten, doch davon hat in Al-Mujeidel bis 1948 niemand auch nur zu träumen gewagt.



weit hinausgewachsen. Schulter an Schulter saßen die Einwohner von Al-Mujeidel, Christen und Muslime, im Schutzgraben und verteidigten ihr Dorf. Sie waren nie in ernsthafte Gefechte mit den Juden verwickelt und überschritten die Grenzen ihres Dorfes nicht. Ihr einziges Anliegen war, das Dorf und sich selbst zu verteidigen und vor Zerstörung zu bewahren. Doch die Ereignisse haben sie eingeholt!

In den ersten Monaten war Al-Mujeidel ganz auf sich selbst gestellt. Keine Nachricht drang ins Dorf, keine Hilfe von außen war zu erwarten. Die anderen Dörfer in der Umgebung hatten mehr als genug mit sich selber zu tun. Dann trafen nach und nach die ersten arabischen Flüchtlinge ein, die vor den anstürmenden Juden fliehen mussten. Die meisten zogen weiter in Städte, die ihnen mehr Sicherheit boten, wie zum Beispiel Nazareth. Die Araber in Al-Mujeidel waren freudig überrascht, als sie hörten, dass die arabische Rettungsarmee Nazareth im Juni 1948 erreicht hatte.

Alle Arbeiter, die aus Al-Mujeidel stammten und in Haifa oder sonst wo arbeiteten und lebten, waren mit ihren Familien zurückgekehrt. Das Dorf war eng, die Lebensmittel wurden knapp. Die Bauern konnten ihre Felder nicht abernten obwohl es an der Zeit gewesen wäre. Die Nachrichten von Deir Yassin und anderen Massakern hatten sich herumgesprochen und sorgten für Angst und Unruhe. Anfang Juni schickten die meisten Männer ihre Familien nach Nazareth, weil sie glaubten, dass sie unter den Fittichen der Rettungsarmee sicherer waren. Dort sollten sie bis auf weiteres bleiben. Aber es gab immer noch genügend Familien im Dorf, neben denen, die Waffen trugen. Diese haben Al-Mujeidel allerdings sehr tapfer verteidigt. Sie harrten aus, bis der erste Waffenstillstand erklärt worden war und auch danach als der Krieg furchtbarer als vorher wieder ausbrach. Als der zweite Waffenstillstand in Kraft trat waren diese Männer noch immer auf ihren Posten.

DIE GROSSE KATASTROPHE/NAKBA

■ Eines Tages an einem späten Nachmittag standen die Verteidiger von Al-Mujeidel in ihren Gräben und alles um sie herum war still und ruhig. Der einzige Weg, der noch offen war und sicher schien, war der nach Nazareth. Doch plötzlich gab es keine Verbindung mehr. Keiner kam mehr aus Nazareth nach Al-Mujeidel und die Menschen, die nach Nazareth gingen, kehrten nicht zurück. Es gab keine Radios und keine Zeitungen, die Informationen hätten verbreiten können – Al-Mujeidel war von der Außenwelt abgeschnitten.

Dann kamen eines Tages Panzerwagen den Weg von Nazareth hergefahren. Sie fuhren langsam ohne zu schießen und hatten keinerlei Abzeichen, die sie als feindliche Kräfte kennzeichneten. Die Verteidiger dachten, sie seien zu ihrer Unterstützung entsandt worden! Sie verließen ihre Posten, folgten den Panzern auf den Dreschplatz, umringten sie, tanzten und jubelten ihnen zu. Und dann ging das Feuer aus Maschinengewehren los. Viele wurden erschossen. Man spricht von über hundert Toten und ebenso vielen Verletzten. Diejenigen, die dem Tode entrinnen konnten, hatten Schutz hinter einer Hecke, einem Baum, einem Felsen oder in einem Graben gefunden. Die Dunkelheit war ihre Verbündete, sie zogen sich zurück und gingen nach Nazareth. Die Schwerverletzten verbluteten allerdings auf der Stelle. Die Verwundeten, die noch gehen konnten, versuchten auch während der Nacht nach Nazareth zu gelangen. Einige bleiben in den Wadis liegen, andere schafften es. Sie glaubten nämlich Nazareth sei noch unter arabischer Herrschaft – dabei war die Stadt schon drei Tage zuvor von jüdischen Streitkräften besetzt worden!

ETHNISCHE SÄUBERUNG

■ Am Tag nach der Schlacht waren die Juden schon frühmorgens im Dorf. Gründlich durchsuchten sie die Häuser, eins nach dem anderen. Einige der Einwohner, die nicht nach Nazareth gehen konnten oder wollten, hielten sich drinnen voller Angst versteckt. Es waren lauter wehrlose Leute: ►

AL-MUJEIDEL IM KAMPF

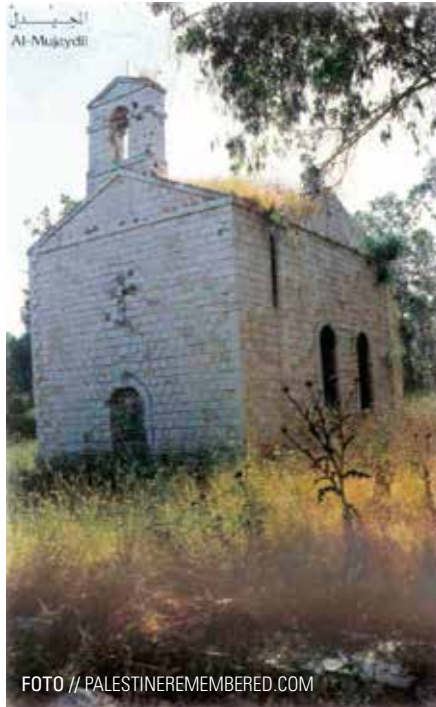
■ Ab dem November 1947 nahm die Spannung im ganzen Land drastisch zu. Selbst die Arbeit auf den Feldern wurde unterbrochen. Die Ackerböden von Al-Mujeidel waren von Siedlungen umgeben. Die meisten Bauern verkauften ihre Arbeitstiere und erstanden für den Erlös irgendwelche Waffen. Auch der Goldschmuck ihrer Frauen und Töchter wurde zu diesem Zweck veräußert. Meist erwarben sie sehr einfache Waffen, wie Jagdgewehre oder Pistolen. Um das Dorf herum errichteten sie Barrikaden und hoben Schutzgräben aus. So wehrten sie sich gegen die besser bewaffneten Nachbarn aus dem Westen und Süden. Die Ereignisse waren inzwischen über die lokalen Streitigkeiten



Das leere Dorf Al-Mujeidel

Frauen, Kinder, Greise. Sie wurden zum Sammelplatz gebracht, auf Lastwagen verladen und ohne Hab und Gut nach Nazareth transportiert.

Die Juden gaben öffentlich bekannt, sie hätten Al-Mujeidel nach einem blutigen Gefecht besetzt. Dieser Kampf sei nötig gewesen, da die Dorfbewohner sich ihnen widersetzt hätten. Die überlebenden Menschen seien bei dem Kampf geflohen



Römisch-katholische Kirche

und die Juden hätten die Stadt bei ihrem Einzug leer vorgefunden. Nazareth und Al-Mujeidel waren nun von Israel besetzt. Nazareth blieb bis 1967 unter Militärverwaltung, das heißt, niemand durfte die Stadt verlassen oder betreten, ohne die Erlaubnis des Militärgouverneurs einzuholen. Diese Erlaubnis wurde nur selten und nie ohne Hohn und Erniedrigung erteilt.

Die Besatzungsmacht beschloss, Al-Mujeidel auszuradiieren. Die Häuser waren während der Kämpfe nicht beschädigt worden und so lange sie standen, blieb die Gefahr, daß die Leute eines Tages zu ihren Besitztümern zurückkehren würden. Das war nicht, was Israel wollte! Es dauerte nicht lange, bis Bulldozer und Traktoren alle Häuser niedergerissen hatten. Das Dorf wurde wortwörtlich dem Erdboden gleich gemacht. Die Steine der ehemaligen Häuser wurden eingesammelt und an anderen Orten für Straßenausbesserungsarbeiten benutzt. Nur die griechisch-orthodoxe Kirche und das römisch-katholische Kloster blieben als stumme Zeugen zurück. In dem Kloster lebte ein Priester, der sich nicht vertreiben ließ, und auf dem Dach des Gebäudes wehte die Fahne des Vatikans. Erst Jahre später, als es keine Hoffnung mehr auf eine Rückkehr der Gemeinde gab, zog sich der Priester zurück.

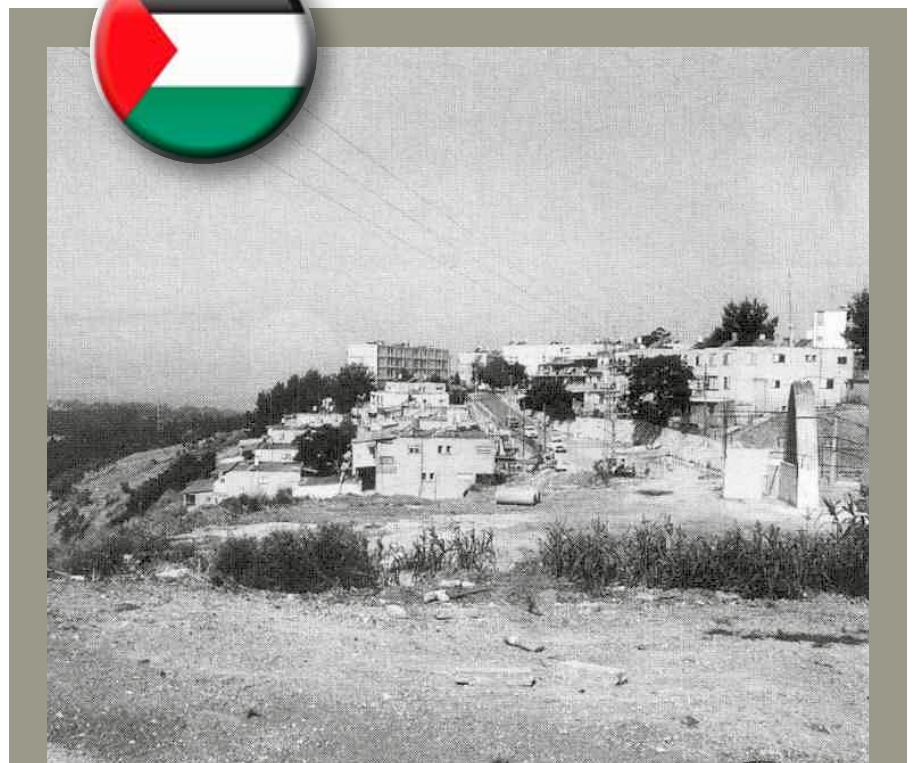
KEINE RÜCKKEHR

Die Leute von Al-Mujeidel bleiben in Nazareth, wo sie sich 1948 niedergelassen hatten. Dort leben sie noch heute, bis auf wenige Ausnahmen, die damals das Land verließen und heute in Syrien oder im Libanon noch immer auf die Befreiung und auf ihre Rückkehr warten.

Die große Mehrheit der Menschen – über 90% –, die sich in Nazareth niederließen, erhielt schon in den ersten Jahren der Besetzung einen israelischen Ausweis. Damit waren sie als Bürger des Staates Israel anerkannt – allerdings als Bürger zweiter Klasse! Diejenigen, die glaubten, nun als Bürger des Landes das Recht zu haben, zu ihren Dörfern zurückzukehren, weil diese genau wie Nazareth auf israelischem Boden lagen, wurden bitter enttäuscht! Alle ihre Bemühungen und Anträge waren vergebens und stießen auf taube Ohren. Ein Araber glaubte, sein Recht über Gerichte durchsetzen zu können. Er klagte und bekam auch Recht – doch die Militärverwaltung stellte sich ihm aus „Sicherheitsgründen“ in den Weg. Selbst die Bestätigung des Urteils vom höchsten Gerichtshof in Jerusalem konnte nichts an dieser Haltung ändern – der Mann musste bleiben wo er war.

Auf Grund dieses Falles wurde in Israel ein Gesetz erlassen, das in der ganzen Welt einmalig ist. Es richtete sich gegen die Menschen von Al-Mujeidel und gegen jene, die ein ähnliches Schicksal erlebt hatten. Als Bürger waren sie anerkannt – aber jegliches Recht als Landbesitzer wurde ihnen abgesprochen. Das Gesetz sah vor, daß jeder, der sich während der Besetzung nicht in seinem Haus aufgehalten hatte, das Recht verlor, in dieses Haus zurückzukehren – egal, aus welchen Gründen er nicht im Haus gewesen war, unabhängig davon, ob er vielleicht nur im Gebäude nebenan Schutz vor den Schießereien gesucht hatte. Die Verteidigungsarmee fand die Häuser „verlassen“ vor, als sie sie „befreite“ – damit gingen sie automatisch in den Besitz Israels über.

JABER MUSSA NASSAR, BEIT SAHOUR, 1994



Migdal Ha'emek auf dem Land von Al-Mujeidel, 1987

In den frühen fünfziger Jahren, nachdem die Waffen verstummt waren, hatte Israel damit begonnen, die Häuser von Al-Mujeidel niederzureißen. Das Land wurde mit Pinien bepflanzt, die mehrere Jahrhunderte alten Olivenbäume in der Umgebung wurden abgeholzt. Heute steht dort eine moderne Stadt mit 50.000 Einwohnern. Der Name dieser Stadt ist Migdal Ha'emek, das heißt übersetzt: Die Burg der Ebene.

Laut der israelischen Organisation Zochrot/Wir erinnern hatte das Dorf Al-Mujeidel bei Nazareth im Jahr 1948 2200 Einwohner*innen. Es wurde am 15. Juli 1948 von israelischen Streitkräften besetzt. Die Militäroperation hieß Dekel. Vor 1948 gab es dort keine jüdische Siedlung. Nach 1948 gab es auf dem Land des Dorfes zwei jüdische Siedlungen Migdal Ha'Emek und Yifat.

Schwerpunkt: Nakba

70. Jahrestag des Massakers in Deir Yassin

Deir Yassin war ein palästinensisches Dorf im Nordwesten Jerusalems. Das Dorf mit etwa 600 Einwohnern wurde am 9. April 1948 von paramilitärischen Verbänden der extremistischen Organisationen Irgun Tzvai Le'umi (IZL) und Lechi angegriffen und eingenommen. Über 100 Zivilisten kamen beim Massaker von Deir Yassin ums Leben. Die Militäraktion wurde vom späteren israelischen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Menachem Begin kommandiert. Begin verteidigte auch später noch das Massaker: „Das Massaker von Deir Yassin hatte nicht nur seine Berechtigung – ohne den ‚Sieg‘ von Deir Yassin hätte es auch niemals einen Staat Israel gegeben.“

Ab dem Sommer 1948 wurde das Dorf planmäßig neu besiedelt und an die Jerusalemer Infrastruktur angeschlossen. Die neuen Bewohner der nun Giw'at Scha'ul genannten Siedlung waren hauptsächlich Einwanderer aus Polen, Rumänien und der Slowakei, die der orthodoxen Organisation Poalei Agudat Israel verbunden waren. Gegen diese schnelle Neubesiedlung wurden u.a. von dem Gelehrten Martin Buber Einwände erhoben.

QUELLE // WIKIPEDIA

Einen Tag nach dem Massaker in Deir Yassin protestierte der Physiker und Nobelpreisträger Albert Einstein in einem Brief an die US-amerikanischen Unterstützer der Kämpfer für die Freiheit Israels:

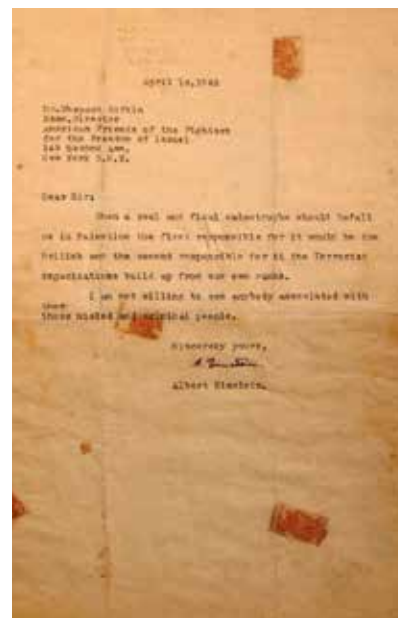
10. April 1948

Sehr geehrter Herr Rifkin,

sollte eine reale und endgültige Katastrophe uns in Palästina befallen, dann sind die Briten die ersten, die dafür verantwortlich sind und die zweiten, die dafür verantwortlich sind, sind die terroristischen Organisationen, die aus unseren eigenen Reihen aufgebaut worden sind.

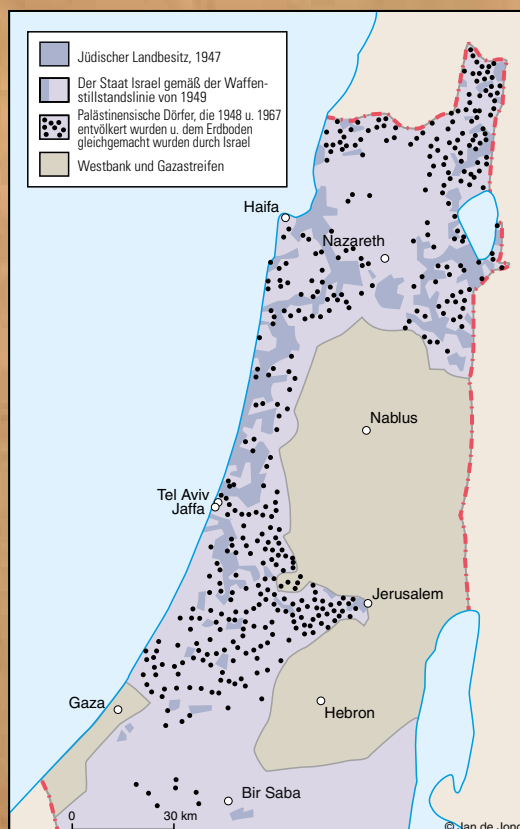
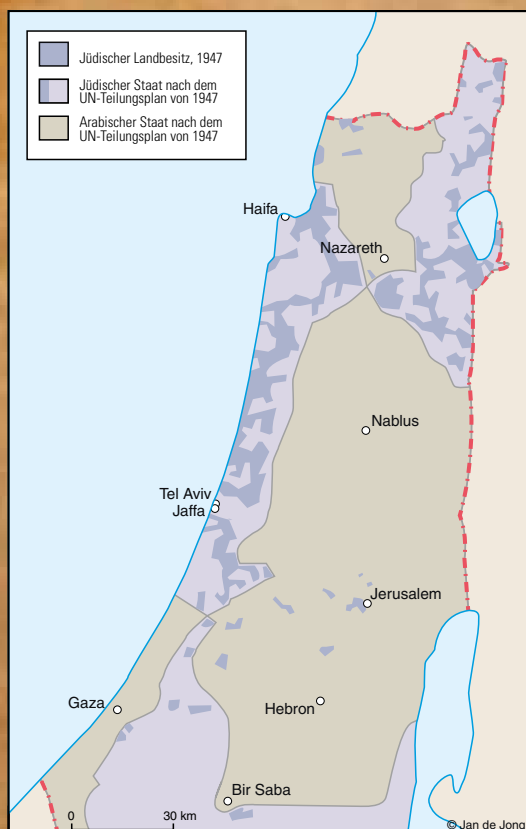
Ich bin nicht bereit irgendjemanden mit diesen fehlgeleiteten und kriminellen Menschen verbündet zu sehen.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Einstein



Der Brief wurde von Daniel McGowan, Leiter von Deir Yassin Remembered, bei einer Sotheby's Auktion am 21. Juni 2007 erstanden und dann wieder verkauft.

www.deiryassin.org/einstein.html



QUELLE // PALESTINIAN ACADEMIC SOCIETY FOR THE STUDY OF INTERNATIONAL AFFAIRS (PASSIA)

Die Folge der Nakba: Gründung der UNRWA

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ist eine Folge der Nakba. Die UNO gründete das Hilfswerk am 8. Dezember 1949, um direkte Hilfe und Arbeitsprogramme für palästinensische Flüchtlinge anzubieten. Nachdem das palästinensische Flüchtlingsproblem bis heute einer Lösung harrt, ist sein Auftrag immer wieder verlängert worden.

Heute sind fünf Million Palästinenser*innen als Flüchtlinge registriert. Sie erhalten durch die UNRWA Ausbildung, medizinische Hilfe und Verbesserung der Infrastruktur in den Flüchtlingslagern. Als die Agentur mit ihrer Arbeit anfang, musste sie 750.000 Flüchtlinge betreuen.

Die UNRWA kümmert sich um jene, „deren normaler Wohnort Palästina in der Zeit vom 1. Juni 1946 bis 15. Mai 1948 war und die beides verloren haben ihr Haus und ihre Existenz aufgrund des 1948-Krieges.“

DIE WICHTIGSTEN GEBERLÄNDER 2017

	USA – \$368,429,712
	EU – \$159,765,906
	Saudi Arabia – \$148,000,000
	Germany – \$73,627,810
	UK – \$73,226,542
	Sweden – \$58,211,487
	Japan – \$58,211,487
	Switzerland – \$27,718,631
	Norway – \$24,794,925
	Netherlands – \$21,718,631



UNRWA DATEN 2017

5.340.443

palästinensische Flüchtlinge
in Gaza, Westbank, Syrien, Libanon und Jordanien
erhalten UNRWA-Unterstützung

1.348.536

davon sind palästinensische Flüchtlinge
in Gaza

809.738

davon sind palästinensische Flüchtlinge
in der Westbank

702

Schulen betreibt
die UNRWA insgesamt

267

davon im Gazastreifen

96

davon in der Westbank

21.946

Lehrer*innen
insgesamt

9.910

davon im Gazastreifen

2.671

davon in der Westbank

515.260

Schüler*innen
insgesamt

262.112

davon im Gazastreifen

48.959

davon in der Westbank

802 \$

Kosten für eine Schülerin
pro Jahr im Durchschnitt

740 \$

Kosten für einen Studierenden
pro Jahr im Gazastreifen

1.082 \$

Kosten für einen Studierenden
pro Jahr in der Westbank

Für die Finanzierung ihrer Programme ist die UNRWA fast komplett auf freiwillige Beiträge von Staaten angewiesen. Zuletzt hatte Präsident Trump angekündigt, den Zuschuss für die Organisation zu kürzen. Israel beteiligt sich nicht an der Finanzierung der UNRWA.

FOTO // MOHAMMED HINNAWI

Tala Al Masri, eine palästinensische Schülerin, sitzt mit ihren Klassenkamerad*innen in der UNRWA Zaytoun Elementary Co-Ed B Schule in Gaza. Die Schule wird von den Arabischen Emiraten unterstützt.
© 2018 UNRWA Photo by Mohammed Hinnawi

Deutsche und EU-Nahostpolitik



SIGMAR GABRIEL UND DIE ISRAELISCHE APARTHEID

【 】 Der deutsche Ex-Außenminister Sigmar Gabriel ist vom ehemaligen Botschafter Israels in Südafrika Alon Liel in der Basler Zeitung verteidigt worden: „Mit Trauer, Wut und Scham muss ich einräumen, dass in Hebron tatsächlich Apartheid herrscht. Wie anders könnte man eine Realität beschreiben, in der ganze Strassenzüge für alle Palästinenser gesperrt sind, mitten in der zweitgrößten Stadt der Westbank? Wie anders könnte man die unleugbare Existenz zweier Rechtssysteme verstehen, die nach ethnischer Zugehörigkeit funktionieren? Apartheid heisst auf Afrikaans schlicht «Separation», doch wenn es jemand wagt, die Situation in Hebron beim Namen zu nennen, wird er zum Antisemiten gemacht.“

LOBBYARBEIT DES ISRAELISCHEN AUSSENMINISTERIUMS

【 】 Die israelischen Botschaften weltweit sind von ihrem Dienstgeber angehalten worden, den großen Rückkehrmarsch zu diffamieren. Die Haaretz-Korrespondentin Noa Landau hat in einem Tweet die „Argumente“ veröffentlicht, die die Botschafter*innen in ihren jeweiligen Gastländern vorbringen sollen: Der Rückkehrmarsch sei eine Hamas-geführte Konfrontationskampagne, die Kampagne sei von den palästinensischen Führern initiiert, um den Konflikt anzukurbeln, Israel habe das Recht seine Grenzen zu verteidigen, das Hauptziel der Hamas sei es, Israel zu zerstören, die Hamas bezahle zehn Millionen Dollar, um die Menschen an den Zaun zu bekommen, etc.

AUSWÄRTIGES AMT ZUR LAGE IM GAZASTREIFEN

【 】 Zur Lage im Gazastreifen erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes am 31. März 2018: „Die Bundesregierung ist äußerst besorgt über die Zusammenstöße zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften an der Grenze zu Israel, bei denen mindestens 15 Palästinenser getötet und zahlreiche verletzt wurden. Wir rufen die Beteiligten dringend dazu auf, alles zu unterlassen, was eine weitere Eskalation hervorrufen und erneut Menschen gefähr-

den würde. Die Ausübung des Rechts auf Meinungsäußerung und friedlichen Protest darf nicht missbraucht werden, um die legitimen Sicherheitsinteressen Israels an der Grenze zu den palästinensischen Gebieten zu verletzen. Die Verteidigung dieser legitimen Interessen muss gleichwohl verhältnismäßig erfolgen. Dieser Vorfall zeigt erneut, wie dringend nötig es ist, dass beide Seiten wieder Verhandlungen aufnehmen. Nur so kann eine Lösung gefunden werden, die allen Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan ein Leben in Würde und Selbstbestimmung erlaubt.“

ERSTE EUROPÄISCHE HAUPTSTADT ÖFFNET SICH FÜR BDS

【 】 Dublin hat als erste europäische Hauptstadt die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) für palästinensische Rechte unterstützt. Unter Berufung auf Israels „unmenschliche Blockade und Belagerung des Gazastreifens“ versprach der Stadtrat von Dublin, alle seine Geschäftsverträge mit der Hewlett Packard (HP) Unternehmensgruppe zu beenden, da sie an Israels eklatanten Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte beteiligt ist. Tags darauf versuchte Israel erfolglos dem Bürgermeister von Dublin die Einreise zu verwehren, als er auf dem Weg zu Treffen in Ramallah war. Angeblich hatten die israelischen Behörden seinen Namen den Grenzbeamten falsch übermittelt. Hewlett Packards Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte sind gut dokumentiert: Dienstleistungen und Technologie für die israelische Armee, die die militärische Besetzung und Belagerung des Gazastreifens durch Israel aufrechterhält, biometrische Technologie und Hilfe beim Aufbau des israelischen Gefängnissystems, das für Folter und andere Menschenrechtsverletzungen bekannt ist.

DÄNEMARK ERKLÄRT SIEDLUNGEN FÜR ILLEGAL

【 】 Das dänische Parlament hat im Januar beschlossen, dass jüdische Siedlungen in der Westbank von bilateralen Vereinbarungen mit Israel ausgeschlossen sind. Mit 81 zu 22 Stimmen hatten alle Parteien bis auf die ultrarechte Dänische Volkspartei für den Antrag gestimmt. Damit hat Dänemark offiziell die UN Resolution 2334 angenommen, die Siedlungen als völkerrechtswidrig

definiert. Zusätzlich haben die Parlamentarier eine sogenannte schwarze Liste über Firmen in Siedlungen des UN Hohen Kommissars für Menschenrechte unterstützt.

NACHTRAG ZUM THEMA „ANTISEMITISMUS-DEFINITION“ IM PALÄSTINA JOURNAL NR. 12 / SEITE 12

【 】 Da es in den Medien unterschiedliche Auslegungen über die Pressemeldung der Bundesregierung vom 20. September 2017 zur neuen Antisemitismusdefinition gab, hat die Redaktion des Palästina Journals das Innenministerium um Auskunft gebeten. Die Antwort aus dem Innenministerium war: Der Kabinettsbeschluss habe die IHRA-Arbeitsdefinition indossiert. Diese lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Das Innenministerium teilte auch mit: „Die Definition hat keinerlei rechtliche Bindungskraft. Ihre Beachtung leistet aber einen Beitrag dafür, zu dokumentieren, dass sich Deutschland nach innen wie nach außen für eine differenzierte Sichtweise und Bekämpfung des Phänomens Antisemitismus einsetzt.“ // RÖM

BEFUND: NEGATIV

【 】 Bei jeder neuen Definition von Antisemitismus habe ich mich einer strengen und ernsthaften Gesinnungsuntersuchung unterzogen, auch wenn die Definition ein hohes juristisches und auch dialektisches Verständnis erforderte. Der Befund war jedesmal negativ; ich habe nichts gegen die jüdische Religion, nichts gegen jüdische Menschen und nichts gegen die Existenz des Staates Israel – Ich habe aber sehr viel gegen die Politik dieses Staates. Nun wird an einer neuen Definition gearbeitet: der Antisemit versteckt sich ohne es oft selbst zu wissen hinter der Israelkritik. Alle Kritiker*innen also Antisemiten? Oder eine gewollte wundersame Vermehrung des behandlungsbedürftigen Klientels für unseren künftigen Antisemitismusbeauftragten? Mein persönlicher Befund bleibt: negativ.“ // JAN-GÜNTER FRENZEL

DER KONFLIKT AUF EINEN BLICK

ZAHLEN UND FAKTEN

- 60% des Westjordanlandes befinden sich unter vollständiger israel. Kontrolle.
- 100.000 Hektar palästinensisches Land wurden für den Siedlungsbau vorgesehen.
- 50.000 palästinensische Häuser und Strukturen wurden durch Israel zerstört.
- 600.000 israelische Siedler*innen leben auf besetztem palästin. Boden.
- 4,9 Mio. Palästinenser*innen sind täglich Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ausgesetzt.
- 2.000 durch Israel erlassene Militärverordnungen seit 1967 unterdrücken die Palästinenser*innen.
- 10.200 Palästinenser*innen wurden seit 1987 getötet, oft rechtswidrig.
- Im selben Zeitraum wurden etwa 1.400 Israelis durch Palästinenser*innen getötet.
- Israelische Siedlungsprodukte im Wert von mehreren 100 Mio. Dollar werden jedes Jahr exportiert.
- Mindestens vier Mal so hoch ist der durchschnittliche israelische Wasserverbrauch im Vergleich zum palästinensischen im besetzten Palästina.
- Seit zehn Jahren besteht die israelische Land-, Luft- und Seeblockade des Gazastreifens, in dem annähernd zwei Mio. Menschen eingeschlossen sind. Die UN glauben, dass der Küstenstreifen bis 2020 unbewohnbar ist. 96% des Wassers im Gazastreifen sind verunreinigt und zum Trinken nicht geeignet.
- 27% beträgt die Arbeitslosigkeit im besetzten Palästina im Jahr 2017 im Vergleich zu 12% im Jahr 1999.

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG
AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE

DIE WICHTIGSTEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN, DENEN DIE PALÄSTINENSER*INNEN DURCH DIE ISRAELISCHE BESATZUNG AUSGESETZT SIND

- Bau- und Ausbau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen
- Vertreibungen und Häuserzerstörungen
- Zwangsumsiedlung
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kollektivstrafe
- Enteignung von Rohstoffen
- Einschränkungen der Rechte auf ein Familienleben und eine Existenzgrundlage
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungshaft und unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und andere Misshandlung
- Ungesetzliche Tötungen
- Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG
AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE



BUCH // EMPFEHLUNG ZUM WEITERLESEN

Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung
Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt
Groth, Annette / Paech, Norman / Falk, Richard (Hg.)
284 Seiten, PapyRossa, 2017, 17,95 €

WICHTIGE LINKS

- Vereinte Nationen in Palästina
www.ochaopt.org
- Renommierte palästinensische Menschenrechtsorganisation
www.alhaq.org
- Renommierte israelische Menschenrechtsorganisation
www.btselem.org
- Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI)
www.kopi-online.de/wordpress

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Aktivitäten

INTERVIEW MIT DER INITIATORIN DER NAKBA-AUSSTELLUNG

Frau Rumpf, Sie haben den Verein Flüchtlingskinder im Libanon gegründet und haben nachgeforscht, weshalb überhaupt palästinensische Flüchtlinge im Libanon leben. Was fanden Sie heraus?

Ingrid Rumpf: Die im Libanon lebenden palästinensischen Flüchtlinge wurden zwischen 1948 und 1949 überwiegend aus den nördlichen Teilen des heutigen israelischen Staatsgebiets vertrieben. Ein kleiner Teil von ihnen hat die Vertreibung noch selbst erlebt, der Großteil sind die Kinder und Enkel der Vertriebenen. Die bis heute völkerrechtlich gültige sogenannte Rückkehr-Resolution der Vereinten Nationen von 1949, die das Recht dieser Flüchtlinge auf Rückkehr und/oder Entschädigung vorsieht, wird aber seit Jahrzehnten weder von Israel noch von seinen europäischen und amerikanischen Verbündeten respektiert oder gar anerkannt.



Palästinensische Flüchtlinge, Foto aus der Nakba-Ausstellung.

Über eine Ausstellung haben Sie Ihre Erkenntnisse in Deutschland öffentlich gemacht. Weiß man in Deutschland nun mehr über die Nakba?

Ich hoffe es zumindest. Auf jeden Fall war die deutsche Fassung der Nakba-Wanderausstellung seit 2008 in 117 Orten in Deutschland zu sehen, darunter in Volkshochschulen, Stadtbüchereien, Schulen, Hochschulen und kirchlichen Räumen. Etwa 15.000 Ausstellungskataloge wurden verkauft, d.h. die Ausstellung dürfte von bis zu hunderttausend

Menschen gesehen worden sein. Die kontroversen Auseinandersetzungen um die Ausstellung vor allem in der Presse dürften viele weitere Menschen mit der „Nakba“ konfrontiert haben.

Die Nakba ist die Vertreibungs-Geschichte aus palästinensischer Sicht. Gibt es denn auch Geschichten von jüdischen Mitmenschen, die damals versucht hatten, ihren palästinensischen Nachbarn zu helfen auf ihrem Land bleiben zu können?

Es gab damals auf lokaler Ebene tatsächlich hunderte von Nichtangriffspakten zwischen palästinensischen Dörfern und benachbarten jüdischen Siedlungen. Auch palästinensische Flüchtlinge aus Atlit, die in der Ausstellung zu Wort kommen, berichten von der guten Zusammenarbeit vor Ort. All das hat die Vertreibung aber nicht aufhalten können.

In diesem Jahr wird an 70 Jahre Nakba erinnert. Was nehmen Sie wahr, was dazu in Deutschland geschieht?

Im öffentlichen Bewusstsein scheint das Thema erst mit den jüngsten militärischen Angriffen auf demonstrierende Palästinenser*innen in Gaza angekommen zu sein, aber das Unverständnis ist immer noch groß. Während man nicht müde wird, das Verständnis der bei uns lebenden Palästinenser und arabischen Flüchtlinge für die deutsche Geschichte einzufordern, verweigert man vollkommen die Beschäftigung mit deren historischen Erfahrungen und erst recht deren Würdigung. Dies dient weder dem Frieden vor Ort noch dem innergesellschaftlichen Frieden bei uns.

Vielen Dank!

INFOS// DIE AUSSTELLUNG „DIE NAKBA – FLUCHT UND VERTREIBUNG DER PALÄSTINENSER 1948“

besteht aus 14 PVC-Folien der Größe 90x150 cm, die an der Wand oder an Stellwänden aufgehängt werden können. Ein Ausstellungskatalog (3 Euro) mit allen Texten, Karten, Tabellen und Fotos der Folien sowie den Quellenangaben ergänzt die Ausstellung.

http://www.lib-hilfe.de/infos_ausstellung.html

MÜNCHEN SCHRÄNKT ISRAEL-KRITIK EIN

■ Münchens Stadtrat hat im Dezember 2017 einen Beschluss gefasst, der die Informationsfreiheit in der Stadt spürbar einschränkt. Künftig wird verhindert, dass städtische Räume für Veranstaltungen vermietet werden dürfen, in denen Kritik an der israelischen Besatzungspolitik geübt und die befristete internationale BDS-Bewegung zum Boykott israelischer Produkte erwähnt wird. Die Grünen hatten im Stadtrat noch vergeblich versucht, aus der Vorlage eine Formulierung zu streichen, die allein schon das „Befassen“ mit Zielen der BDS-Bewegung untersagt. Am Ende stimmte dann sogar die Mehrheit der grünen Stadträte doch mit SPD und CSU gegen Linke und die Ökologisch-Demokratische Partei. Der Beschluss hat zur Folge, dass die Münchner Publizistin Judith Bernstein, Sprecherin der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe, die in Jerusalem als Tochter jüdischer Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland aufwuchs, in städtischen Räumen nicht mehr ihren Vortrag über „Jerusalem, das Herzstück des israelisch-palästinensischen Konflikts“ halten kann. Der Grund: Die Dialoggruppe befürwortet den befristeten Boykott israelischer Produkte. Dies voraussehend, hatte die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft „Frieden und internationale Politik“ der Linken noch schnell für Oktober einen Saal für den Vortrag gebucht. Als der Veranstaltungsort Gasteig den Saal dann plötzlich fristlos kündigte, konnte die Veranstaltung erst durch eine Gerichtsentscheidung erzwungen werden. Anfang Oktober war bereits ein von 500 Münchner Einzelpersonen unterzeichneter Aufruf „Hände weg von der Meinungsfreiheit in München!“ den Stadträten und den Medien übermittelt worden, ohne dass es darauf Reaktionen gab.

ROLF-HENNING HINTZE, AUTOR IN MÜNCHEN

KIRCHE KÜNDIGT RÄUME IN NÜRNBERG

■ Dem Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden (NEFF) hat das Dekanat die Räume entzogen. Anlass war ein Flugblatt, das der AK Palästina zu 70 Jahre Balfour-Erklärung in der Stadt verteilt hatte und das bei der Israelitischen Kultusgemeinde Anstoß erregt hatte. Dem NEFF wurden das Büro und die Veranstaltungsräume im Haus der Kirche entzogen und die Zuschussmittel vom Dekanat gestrichen. Der Auszug aus dem Büro wurde als Demonstration der Trennung des Dekanats von allen Themen des Konziliaren Prozesses „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ gestaltet. Das NEFF fand eine neue Unterkunft in der Gustav-Adolf-Kirchengemeinde in der Nürnberger Südstadt.

DPG-JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

■ Die Jahreshauptversammlung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. ist am 15. Juni in Höxter. Die DPG wurde 1986 in Köln gegründet und setzt sich seitdem für Palästina und seine Bevölkerung ein.

Ihr Ziel ist es, Menschen in Deutschland über die Geschehnisse, Hintergründe und die Geschichte des Israel-Palästina-Konflikts zu informieren und bestehende Vorurteile zu korrigieren. Die DPG unterstützt die Freiheitsbestrebungen der palästinensischen Gebiete und tritt für den Dialog zwischen Deutschland und Palästina ein.



BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehard Drost
goettingen@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Lothar Prison
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

VERANSTALTUNG MIT ABDALLAH FRANGI

FOTO // SÖNKE HUNDT



Es wurde ein bewegender Vortragsabend im voll besetzten Saal des Überseemuseums in Bremen – mit vielen Umarmungen und viel Wiedersehensfreude. Viele kannten Abdallah Frangi aus seiner Tätigkeit in den 70er und 80er Jahren in Deutschland, wo er der Botschafter und das Gesicht Palästinas war für einen Staat, von dem viele gehofft hatten, dass er gemäß den Oslo-Verträgen nach 1993 endlich entstehen könnte. Abdallah Frangi wurde auch vom Bremer Bürgermeister Carsten Sieling zu einem Gespräch empfangen.

PROJEKTE IM BESETZTEN PALÄSTINA

Die DPG freut sich, dass unser Mitglied Ursula Mindermann, Telgte, mehrere Projekte initiiert, betreut und erfolgreich durchführt. Diese Projekte verfolgen die von der DPG gesetzten Schwerpunkte unter dem Motto Hilfe zur Selbsthilfe im besetzten Palästina. Ursula Mindermann reist mehrfach im Jahr nach Palästina und betreut diese Projekte vor Ort.

- **Hebron – Women in Hebron:** Unterstützung bei der Vermarktung eigener Produkte der großen fair-trade-zertifizierten Firma aus Hebron in Betlehem
- **Betlehem – „Shop behind the Wall“:** Gemeinsames Ladengeschäft mit einem Palästinenser: Vermarktung palästinensischer Produkte, Graffiti und politische Touren: Eröffnung im Mai 2017
- **Tulkarem – Mit Fouad el Haj, Berlin:** Ein landwirtschaftliches Projekt mit Bauern verschiedener Regionen in Palästina in Kooperation mit Mousa Maria vom Center for Justice and Peace aus Beit Ommar
- **Bil'in – Unterstützung des Filmprojekts „One life one tomorrow“** von Fotograf Haitham Khatib.

FOTO // URSULA MINDERMANN



Vor dem „Shop hinter der Mauer“ in Betlehem.

DPG POSTET AN AUSSENMINISTER MAAS

Die DPG hat begonnen, ihre Facebook-Posts direkt an den neuen Außenminister Heiko Maas zu adressieren: „Wir würden uns sehr freuen, wenn unser #Außenminister ...“



VORTRAGS-RUNDREISE VON ISSA AMRO

Issa Amro, Menschenrechtsaktivist und Mitbegründer der palästinensischen Jugendorganisation „Youth Against Settlements YAS“ in Hebron, wird über die aktuelle Situation im besetzten Palästina berichten und insbesondere die gewaltlosen Aktivitäten in der Stadt Hebron darstellen. Diese Rundreise wird auf der Homepage der DPG veröffentlicht: DPG-Netz.de

Bekanntlich unterstützt die DPG diese Arbeit und möchte mithelfen, dass die unter schlimmsten Auswirkungen unter der israelischen Besatzung leidende Stadt Hebron wieder belebt wird. Dazu bitten wir um Ihre Spende.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDIUM



Issa Amro aus Hebron kommt zu einer Vortragsreise nach Deutschland.

- 17.06.2018 // Höxter // DPG-Tagung
- 18.06.2018 // Telgte // Arbeitskreis Palästina
- 19.06.2018 // Berlin // DPG RG-Berlin
- 20.06.2018 // Mülheim // DPG RG-Ruhrgebiet
- 21.06.2018 // Frankfurt // Amnesty Gruppe Hanau
- 22.06.2018 // Ilmenau // Palästinensische Gruppe
- 23.06.2018 // Solingen // RG-Ruhrgebiet

DPG-BRIEF ZU GAZA AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

In einem Brief an das Auswärtige Amt hat die DPG die israelische Gewalt in Gaza auf das Schärfste verurteilt. Die DPG kritisiert eine Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes: „Es müsste Ihnen bekannt sein, dass Ihr Appell, dass die „Verteidigung“ verhältnismäßig erfolgen sollte, ein unerfüllter Wunsch bleiben

wird, da Israel durchaus seine asymmetrische Macht immer wieder missbraucht ... Mit Sorge nehmen wir wahr, dass Sie sich mittlerweile des israelischen Sprachgebrauchs bedienen und von einer Lösung für die Menschen „zwischen Mittelmeer und Jordan“ sprechen und die bislang von der Bundesregierung und im Koalitionsvertrag verfolgte Zwei-Staaten-Lösung nicht mal in Ihrer Stellungnahme erwähnen.

Wir müssen leider feststellen, dass unter diesen Umständen und angesichts solch einseitiger Positionen der Widerstand der palästinensischen Zivilbevölkerung nur noch größer werden wird. Wir appellieren deshalb nachdrücklich an das Auswärtige Amt, nicht nur die Interessen des Staates Israel, sondern auch die legitimen Ansprüche der Palästinenser auf Freiheit und Leben in Würde ohne Besatzung zu berücksichtigen – schließlich stehen keine palästinensischen Panzer und Soldaten in den israelischen Städten und Ortschaften. Es ist vielmehr umgekehrt! Die Beendigung der Besatzung und der Blockade von Gaza sind Grundvoraussetzungen für einen Frieden für Israel und Palästina.“

DPG-STUDENTAGUNG: „70 JAHRE NAKBA – GERECHTIGKEIT FÜR DIE PALÄSTINENSER“

Vom 15. bis 17. Juni 2018 führt die DPG eine Studentagung zu „70 Jahre Nakba – Gerechtigkeit für die Palästinenser“ im koptisch-orthodoxen Kloster in Höxter-Brenkenhausen durch.



Graffiti an der Mauer in Betlehem.

Der israelische Philosoph Moshe Zuckermann spricht über „Die Nakba und ihre Auswirkung auf die israelische Zivilbevölkerung“, die ehemalige Korrespondentin Inge Günther befasst sich mit „Wohin steuert der Nahostkonflikt? Alte Protagonisten, neue Ansätze und Friedensinitiativen“, Mitri Raheb wird „Die Auswirkung der Nakba auf die Christen in Palästina“ beleuchten, „Die Auswirkung der Nakba auf die Palästinenser in Israel“ ist das Thema von Mahmoud Yazbak aus Haifa. Besonderer Gast ist Issa Amro aus Hebron, der über Auswirkung der Besatzung auf Hebron sprechen wird. **Anmeldung: www.dpg-netz.de**

Schwerpunkt: Nakba

Großer Rückkehrmarsch in Gaza: „Sollen wir schweigen, wenn wir seit mehr als zehn Jahren in einem Gefängnis leben müssen?“

Der Dozent **Abed Shokry** hat einen verzweifelten und wütenden Brief anlässlich der Proteste aus Gaza geschrieben: **Gaza wehre sich gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen.**

Gaza am 08. April 2018

Liebe Freundinnen und Freunde,

initiiert wurden die Proteste von verzweifelten Menschen, von denen an beiden Wochenenden jeweils 20.000–30.000 teilnahmen. Einer der Initiatoren ist der 43 Jahre alte Lehrer Al-Kurd, der anlässlich der alljährlichen Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Palästinenser durch die Israelis bzw. wegen der Staatsgründung Israels auf die desaströse Situation der eingesperrten Menschen im Gazastreifen aufmerksam machen will. Das Aufbegehren der Bewohner in diesem abgeriegelten Küstenstreifen kam aus der Mitte der Gesellschaft.

In einem friedlichen Protestmarsch zogen die Menschen Richtung Grenze, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, um die Welt wachzurütteln. Fahnen der Hamas oder anderer politischer Gruppen waren weit und breit nicht zu sehen, wenn sich auch Mitglieder der Hamas und Fatah dem Protest angeschlossen hatten. Die Weltpresse, ganz besonders auch in Deutschland, verdreht diese Tatsache und beschuldigt die Hamas, die Proteste initiiert und gesteuert zu haben. Die Medien behaupten, die Hamas habe die Jugendlichen mit Steinen und brennenden Autoreifen an den Zaun geschickt, um in dieser geradezu lächerlichen Unterlegenheit gegen eine der am höchsten gerüsteten Armeen der Welt vorzugehen.

Ich bin realistisch: Was uns genommen wurde, werden wir wahrscheinlich nicht zurückbekommen. Aber warum betrachtet die Welt unseren Wunsch, nach 70 Jahren in unser Land zurückzukehren, als unerhört und unverschämt, den Anspruch der Israelis nach 2000 Jahren dahin zurückzukehren, wo sie einst gelebt haben aber als völlig legitim?

Man muss es sich einmal vorstellen: Die Beschädigung eines Zaunes berechtigt zum Schusswaffengebrauch! Eine nationale Grenze besteht nicht zwischen dem Gazastreifen und Israel, denn Grenzen in diesem Sinn bestehen nur zwischen

souveränen Staaten. Israel hat eine lückenlose Sperranlage mit einem Zaun, Pfosten, Sensoren und Pufferzonen um den Gazastreifen gelegt. Eine von Israel angelegte sogenannte Sicherheitszone ist 300 Meter breit. Hier herrscht Schießbefehl wie früher an der Berliner Mauer.

Allein am vergangenen Freitag, den 6.4. wurden 491 Menschen durch gezielte Schüsse verletzt, darunter auch Frauen und Kinder. Einige schweben in Lebensgefahr, viele der Überlebenden mussten an ihren Extremitäten amputiert werden. Die Verletzten können kaum angemessen versorgt werden, weil es an medizinischem Material fehlt. Verletzungen erlitten viele durch Tränengasbomben, die von Drohnen abgeworfen wurden. Was war das „Verbrechen“, auf das Israel mit militärischer Übermacht reagierte?



FOTO // MOHAMMED ZAAOUN
Großer Rückkehrmarsch-Protest, Gazastreifen, 10.4.2018, activestills.org

Sollen wir schweigen, wenn wir seit mehr als zehn Jahren in einem Gefängnis leben müssen? Wenn wir nur vier Stunden Strom am Tag haben? Wenn es kein sauberes Wasser gibt? Wenn die medizinische Versorgung fast zusammenbricht, weil weder Medikamente, noch medizinische Geräte ausreichend vorhanden sind, weil sie nicht nach Gaza eingelassen werden? Wenn über 60% der Jugendlichen arbeitslos sind? Wenn weit über die Hälfte der Bevölkerung auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen ist? Wenn diejenigen, die noch Arbeit haben, nur 40–50% ihres eigentlichen Gehaltes bekommen? Und vor allem, wenn wir aus diesem kleinen Gebiet, das etwa so groß ist wie Bremen, nicht raus dürfen?

Machen WIR etwa den Israelis das Leben zur Hölle? Oder ist es nicht doch anders herum? Auch wenn ich mich nicht an den Protesten beteilige, weil ich Angst vor den Schüssen der Israelis habe, so kann ich die hilflose Wut der jungen Leute ver-

stehen, die keine Aussicht auf ein Leben in Würde haben, die so behandelt werden, als seien sie alle Terroristen, die nichts anderes im Sinn haben, als andere Menschen zu verletzen, zu erniedrigen oder gar zu töten. Unsere jungen Leute sind nicht als Terroristen geboren worden. Sie wollen leben wie alle jungen und alten Menschen überall auf der Welt, nämlich in Frieden und in menschenwürdigen Verhältnissen. Und sie sehen, dass nur wenige Kilometer entfernt im Nachbarland, häufig auf dem Boden ihrer Großeltern, Menschen leben, die all das haben, was ihnen selbst verwehrt wird. Genau das lässt sie verzweifeln und macht sie wütend. Sie wissen, dass sie verlieren werden, dass sie wahrscheinlich schon verloren haben und sie deshalb nichts mehr zu verlieren haben. Sie wissen, dass ihnen keine Achtung und kein Respekt entgegen gebracht wird, weil sie Palästinenser sind. Dass sie unrechtmäßig von der Welt als die Bösen angesehen werden und die Nachbarn, nicht weit entfernt, immer als die Guten gesehen werden, gleichgültig wie brutal sie sich verhalten.

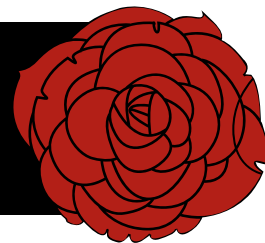
Niemand mag gern vom Leid, vom Elend der Anderen hören, besonders dann nicht, wenn man nicht weiß, wie man etwas ändern kann. Aber vielleicht können Sie doch etwas tun. Vergessen Sie uns nicht! Es gibt Israelis, bei denen ich mich für ihren Mut und ihre Humanität bedanken möchte. Neben einigen anderen möchte ich ganz besonders Amira Hass und Gideon Levy hervorheben. Bedanken möchte ich mich bei den Organisationen Breaking the Silence, in der ehemalige Soldaten ihr eigenes Vorgehen während ihrer Militärzeit selbstkritisch dokumentieren und bei der Menschenrechtsorganisation B'tselem, die jetzt in Anzeigen in israelischen Zeitungen die Soldaten am Sperrzaun zu Gaza auffordert, nicht auf unbewaffnete Protestierende zu schießen. Wenn ich sehr verzweifelt bin, machen mir diese Menschen Mut und Hoffnung, dass ich und vor allem meine Kinder es eines Tages erleben werden, dass Israelis und Palästinenser im jeweils eigenen Staat oder vielleicht auch in einem Staat friedlich nebeneinander leben können.

Ihr

DR. ABED SCHOKRY

(Brief ist gekürzt)

Weltweite Solidarität



Palästina

APPELL DES BNC: SOFORTIGES WAFFENEMBARGO!

【 】 Der nationale BDS-Ausschuss (BNC) unterstützt die Forderung nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung und ruft zu wirksamen Massnahmen und insbesondere einem Waffenembargo in beide Richtungen auf, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen. **„Es ist höchste Zeit, dass Israel, ermutigt durch die beispiellose Unterstützung der rassistischen Trump-Regierung in den USA und die anhaltende Komplizenschaft Europas, nicht mehr länger in aller Strafflosigkeit Israels Palästinenser*innen vorsätzlich töten kann.“**

Der nationale palästinensische BDS-Ausschuss (BNC) als breitetes Bündnis der palästinensischen Zivilgesellschaft und Führung der globalen Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) zur Durchsetzung palästinensischer Rechte unterstützt die Forderung nach wirksamen Maßnahmen, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen. Dazu zählt insbesondere ein vollständiges militärisches Embargo in beide Richtungen, wie es gegen das südafrikanische Apartheidregime verhängt wurde.

„Die Ermordung und Verletzung zahlreicher palästinensischer Zivilist*innen in einem Gebiet im besetzten Gazastreifen, das Israel willkürlich als „Pufferzone“ definiert hat, erfolgte vorsätzlich. Israel hatte den Einsatz von 100 Scharfschütz*innen gegen die gewaltlosen Demonstrant*innen angekündigt und dabei Warnungen von Amnesty International ignoriert. Ein israelischer Militärsprecher lieferte versehentlich den Beweis dafür, dass das Massaker vorsätzlich begangen wurde, indem er stolz erklärte: **„Nichts wurde unkontrolliert durchgeführt; alles verlief wie vorgesehen nach Plan. Wir wissen, wo jede Kugel gelandet ist.“**

Der BNC begrüsst die jüngste Resolution des UN-Menschenrechtsrates, die Staaten auffordert, für die Einhaltung des Völkerrechts in Israel/Palästina zu sorgen, unter anderem durch die Unterbindung des Waffenhandels mit Israel.“

Der BNC bekräftigt seinen Aufruf an gewissenhafte Menschen in aller Welt: „Richtet euch an alle privaten und öffentlichen Stellen in eurem Land mit der Forderung, die Zusammenarbeit und/oder den Handel mit dem israelischen Militär- und „Sicherheitssektor“ zu beenden.

Macht mit bei Kampagnen für ein Militärembargo gegen israelische Rüstungsunternehmen

und andere Firmen, die im israelischen Militär- und Sicherheitssektor tätig sind, wie die Kampagne gegen die Rüstungsfirma Elbit Systems, die ihre Waffen an Palästinenser*innen testet, gegen die Sicherheitsfirma G4S, die die israelische Polizei für die Durchsetzung der israelischen Apartheid ausbildet, und gegen den Konzern Hewlett Packard (HP), der zentrale Technologien für das israelische Kontrollsystem und die Belagerung des Gazastreifens zur Verfügung stellt.“

FOTO // © RUPTLY / RT



Drohnen-Filmaufnahmen vom großen Rückkehrmarsch am 06.04.2018; Video unter www.rt.com/news/423458-gaza-drone-footage-march-return/

Macht mit bei Kampagnen gegen die Zusammenarbeit von Polizeikräften in verschiedenen Ländern mit israelischen Partnern an, die Israels erprobte Doktrinen und Techniken der brutalen Unterdrückung friedlicher Proteste in die ganze Welt exportieren, z.B. die Kampagne „Tödlicher Austausch“ der Jewish Voice for Peace.

Macht mit bei Kampagnen zur Einstellung aller Transaktionen mit israelischen Banken und übt Druck auf internationale Banken und Investmentfonds wie HSBC und Axa aus, damit sie ihre Komplizenschaft an den Menschenrechtsverletzungen Israels beenden.“

<https://bdsmovement.net/bnc>

FOTO // CYNTHIA BEATT



Demo in Berlin gegen den Einsatz von israelischen Scharfschützen gegen protestierende Menschen im besetzten und abgeriegelten Gazastreifen.

AN ADIDAS: KEIN SPONSORING VON SIEDLUNGEN!

【 】 Über 130 palästinensische Fußballvereine und Sportverbände haben den deutschen Sportbekleidungsriesen Adidas aufgefordert, sein Sponsoring des israelischen Fußballverbandes (IFA) wegen der Eingliederung von Fußballvereinen aus den illegalen israelischen Siedlungen, die auf gestohlenem palästinensischem Land errichtet wurden, zu beenden. Der ehemalige palästinensische Nationalspieler Mahmoud Sarsak schloss sich der Aufforderung an und sagte, Adidas müsse sofort die Beziehungen zum IFA abbrechen.

„Das Unternehmen nimmt das Image der Marke Adidas sehr ernst, denn wenn das Image leidet, gilt dies auch für das Geschäft. Zeigen wir Adidas, dass seine treuen Kund*innen auf der ganzen Welt aufhören werden, seinen Produkten zu vertrauen und sie zu kaufen, wenn es nicht aufhört Komplize bei Menschenrechtsverletzungen zu sein. Sagt Adidas, es soll aufhören, Kriegsverbrechen zu unterstützen!“

heißt es im Aufruf.

<https://bdsmovement.net/adidas>

Deutschland DEMOS FÜR GAZA

【 】 Am 8. April fanden in verschiedenen Städten Demos in Solidarität mit dem friedlichen Protest in Gaza statt. Hier ein Bild von der Demo in Berlin. Beteiligt waren hauptsächlich Palästinenser*innen.

KOPI SOLIDARISCH MIT GAZA

[1] Mit Betroffenheit haben die Sprecher*innen von KoPI, dem Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden, die Erschießung von 17 wehrlosen palästinensischen Jugendlichen und die Verletzung von über 1400 weiteren Demonstrationsteilnehmer*innen am Karfreitag aufgenommen: „Der Protest von zehntausenden Bewohnern der völkerrechtswidrig belagerten Enklave Gaza am ‚Tag den Bodens‘ wurde durch die israelische Armee ein weiteres Mal mit tödlicher Gewalt beantwortet. Die Forderung des UN-Generalsekretärs António Guterres nach einer unabhängigen Untersuchung der Geschehnisse durch ein internationales Gremium wird durch die israelische Regierung abgelehnt!

Die deutsche Bundesregierung, Lieferant bedeutender Rüstungsgüter an die Besatzungsmacht Israel, sieht sich nicht zu einer klaren Stellungnahme gegen diese massive Menschenrechtsverletzung veranlasst. In vielen Orten, so z.B. in Frankfurt/M und in München, sind die politischen Parteien mehrheitlich damit beschäftigt, Kritiker der israelischen Besatzungspolitik mit Raumverboten mundtot zu machen; die zivilgesellschaftliche, gewaltfreie Widerstandskampagne, die palästinensische Nichtregierungsorganisationen unter dem Motto „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ nach dem Vorbild des südafrikanischen Kampfs gegen die damalige Apartheid auf den Weg gebracht haben, wird als antisemitisch verleumdet und damit Informationsarbeit über das Unrecht der Besatzungspolitik massiv behindert.

Nach unserer Überzeugung muss die Lehre aus den Verbrechen des deutschen Nazi-Regimes nicht nur die entschiedene Bekämpfung des Antisemitismus, sondern jede Form ethnisch begründeter Diskriminierung und Unterdrückung sein. KoPI tritt für ein gleichberechtigtes, demokratisches Zusammenleben von Juden und Palästinensern auf dem gesamten Territorium des historischen Palästina ein, sei es in einem gemeinsamen Staat oder in zwei Staaten auf Grundlage des UN-Teilungsplans von 1948. Ebenso wie Juden weltweit das Recht auf Zuwanderung nach Israel in Anspruch nehmen, muss auch den Palästinensern das Recht auf Rückkehr eingeräumt werden – entsprechend den UN-Beschlüssen, denen auch Israel 1948 zugestimmt hatte.“

<https://www.kopi-online.de/wordpress/?p=4181>

Norwegen

BDS-BEWEGUNG FÜR FRIEDENS-NOBELPREIS VORGESCHLAGEN

[1] Bjørnar Moxnes, Mitglied des norwegischen Parlaments, hat die BDS-Bewegung (für Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen) für die Rechte der Palästinenser für den Friedensnobelpreis nominiert. Wie die BDS-Bewegung haben er und seine Partei sich verpflichtet, aufsteigende rassistische und rechtsextreme Politiken, „die zu viel von unserer Welt überschwemmen, zu stoppen und für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit aller Menschen zu sorgen. Inspiriert von der südafrikanischen Anti-Apartheidbewegung und der amerikanischen Zivilrechtsbewegung, den Graswurzelbewegungen, ist die von Palästinensern angeführte BDS-Bewegung eine friedliche, globale Menschenrechtsbewegung, die zum Einsatz von wirtschaftlichem und kulturellem Boykott auffordert, um die israelischen Verletzungen der palästinensischen Menschenrechte und des Völkerrechts zu beenden.“

GEWERKSCHAFTEN UNTERSTÜTZEN BDS

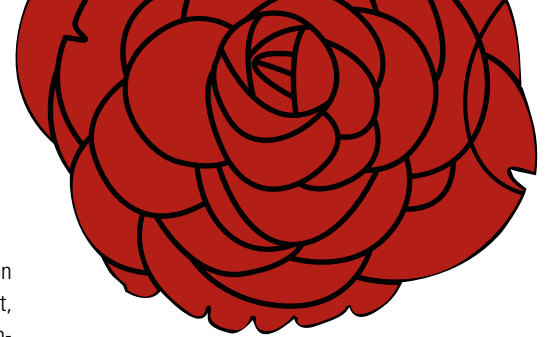
[1] Am 12. Mai 2017 verabschiedete der Dachverband der Gewerkschaften in Norwegen (Landorganisasjonen i Norge, LO) eine Erklärung zur Unterstützung des internationalen Aufrufs der palästinensischen Zivilgesellschaft zu einem „internationalen, wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott Israels“, als einem notwendigen Mittel zur Durchsetzung der fundamentalen Rechte der Palästinenser*innen, einschließlich des Rückkehrrechts für die Flüchtlinge und Gleichheit für die palästinensischen Bürger*innen Israels. Der Dachverband repräsentiert nahezu eine Million Mitglieder.

Kanada

AUFRUF ZUR FREEDOM FLOTILLA 2018

[1] Liebe Freundinnen und Freunde, als Jüdin ist mir sehr bewusst, dass Geschichte mit dem Blut von Individuen gemalt wurde, deren einziges Verbrechen es war, als Jude geboren worden zu sein. Das Stigma in einer Minderheit zu leben hat immer die jüdische Geschichte bestimmt und die Geschichte vieler anderer Völker. Deshalb werde ich immer aus der Fassung gebracht, wenn ich eine Gruppe Menschen sehe, die nicht wegen ihrer Handlungen diskriminiert wird, sondern weil sie einfach nur am Leben ist.

Juden haben herausragend am Kampf der Arbeiter während der Depressionsära, bei der Bürgerrechtsbewegung, im Kampf gegen die südafrikanische Apartheid, im Kampf gegen Faschismus in Europa und bei vielen anderen Bewegungen für sozialen und politischen Wechsel mitgewirkt.



Offensichtlich widerspricht die historische und weitergehende Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch den Staat Israel dieser langen Geschichte der jüdischen Teilnahme an kollektiven Befreiungskämpfen und verrät sie.

Deshalb lade ich euch ein: Schließt euch an bei meiner Unterstützung für das Kanadische Boot nach Gaza und dem Insistieren auf der Beendigung der illegalen und unmoralischen von Israel auferlegten Blockade über zwei Millionen palästinensische Zivilisten im Gazastreifen. Lasst uns die Rechtmäßigkeit der unmenschlichen Blockade der zwei Millionen Einwohner des Gazastreifens in Frage stellen, von denen die meisten Flüchtlinge und Kinder sind. Lasst uns mit diesem Akt kollektiver Strafe von wehrlosen Zivilisten die Mitschuld der kanadischen Regierung bloß stellen. Lasst uns dem Volk, das unter der Blockade lebt, demonstrieren, dass die Welt es nicht vergessen hat. Lasst uns in Solidarität mit dem palästinensischen Volk stehen. Unterstützen wir jetzt das kanadische Boot nach Gaza!

In Solidarität

RABBI LUCIA PIZARRO

SPIRITUELLE GRÜNDUNGSDIREKTORIN –
JÜDISCHES BEFREIUNGSTHEOLOGIE-INSTITUT

www.JeLiThin.Ca

<http://canadaboatgaza.org/donate>

Twitter: @CanadaBoatGaza @GazaFlotilla

In Deutschland gibt es noch keine lokale Unterstützungsgruppe für die Freedom Flotilla 2018. Wer am Aufbau einer solchen Gruppe mitwirken will, findet hier Informationen über das gesamte Projekt: <https://sgf.freedomflotilla.org/>



Norwegisches Schiff für die Freedom Flotilla 2018. Das Schiff diente zuvor als Fischereischiff in der Arktis. Es wurde umgetauft auf den Namen Awda/Rückkehr.



AUFFORDERUNG ZUR BEFEHLSVERWEIGERUNG

Statt die Gewalt zu vermindern, hätten offizielle Quellen angekündigt, dass Soldaten gegen Demonstrant*innen scharfe Munition verwenden werden, auch wenn diese mehrere hundert Meter vom Zaun entfernt sind. **„Auf unbewaffnete Demonstranten zu schießen ist illegal.“** Die Verantwortung für diese ungesetzlichen Befehle tragen die politischen Entscheidungsträger, allen voran Israels Ministerpräsident. Sie müssten dafür sorgen, dass diese Regelung geändert wird, um zukünftige Todesfälle zu vermeiden. Es sei auch kriminell solche illegalen Befehle zu befolgen. Solange Soldat*innen Befehle bekommen auf unbewaffnete Zivilisten zu zielen, müssten sie diese Befehle verweigern.

https://www.btselem.org/press_releases/20180404_refuse_to_shoot_at_unarmed_protestors

I 63 Jugendliche aus dem ganzen Land, die sich am „Shministiot Letter 2017“ beteiligen und über die Organisation Mesarvot zusammenarbeiten, haben Ministerpräsident Benjamin Netanjahu per Brief im Dezember 2017 erklärt, dass sie sich weigern, Militärdienst zu leisten, weil sie glauben, dass dies die Besatzung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes endlos fortsetzt. – Einer der Unterzeichner, Matan Helman vom Kibbutz Ogen, ist schon im Militär-Gefängnis inhaftiert, nachdem er seine Nichtbereitschaft (in der IDF) zu dienen, erklärt hat. Die Unterzeichner wandten sich auch an andere Jugendliche und baten sie, über ihren IDF-Dienst nachzudenken.

International
FREIHEIT FÜR AHED TAMIMI!

■ ■ Amnesty International setzt sich für die minderjährige Gefangene Ahd Tamimi ein. Magdalena Mughrabi, stellvertretende Leiterin der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International hat erklärt: „**Es gibt nichts, dass die fortgeführte Inhaftierung von Ahd Tamimi rechtfertigen könnte. Aus dem Video des Vorfalls ist klar ersichtlich, dass sie für den Soldaten, den sie ohrfeigte, als er in voller Bewaffnung vor ihr stand, kaum eine Bedrohung darstellte. Angesichts eines solchen, vergleichsweise geringfügigen Vergehens ist ihre fortgesetzte Haft in skandalöser Weise übertrieben und für eine Minderjährige vollkommen unangemessen. Wir fordern die israelischen Behörden auf, Ahd Tamimi sofort freizulassen**“.

„Ahed Tamimis fortlaufende Inhaftierung und ihr Verfahren vor einem Militärgerichtshof sind ein Beispiel für die institutionelle Diskriminierung, die für die Behandlung von palästinensischen Minderjährigen, die sich am Aktivismus gegen die israelische Besatzung beteiligen, typisch sind und zeigen, wie Israel seine internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Minderjährigen verletzt“.

Laut ihrem Rechtsbeistand ist Ahd Tamimi – zuweilen in der Nacht – mit langen und aggressiv geführten Befragungssitzungen konfrontiert worden, wobei die Beamten, die sie verhörten, Drohungen gegen ihre Familie aussprachen. Nach Aussage ihrer Familie musste Ahd Tamimi zudem zusammen mit anderen minderjährigen Gefangenen auch mehrere erschöpfende Überführungen

Ahed Tamimi war am 19. Dezember 2017 verhaftet worden, nachdem ihre Mutter Nariman Tamimi, ebenfalls eine bekannte Aktivistin, die Videoaufnahmen einer Auseinandersetzung mit einem Soldaten online gestellt hatte. Nariman Tamimi selbst war später am selben Tag ebenfalls festgenommen worden, während Aheds Cousine Nour, die bei dem Vorfall mit dabei war, am folgenden Morgen in Gewahrsam genommen wurde. Ahed Tamimi hatte den Soldaten während einer Demonstration in Nabi Saleh gegen die kürzliche Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, konfrontiert.

Der Vorfall ereignete sich am selben Tag, an dem Aheds 15-jähriger Cousin Mohammad Tamimi aus kurzer Entfernung von einer Gummi ummantelten Kugel, die ein israelischer Soldat abgefeuert hatte, in den Kopf getroffen wurde und schwere Verletzungen erlitt.

Amnesty International hat eine Petition zur Freilassung von Ahd Tamimi online gestellt:
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/01/israelopt-israeli-authorities-must-release-ahd-tamimi-immediately/>



Die 16-jährige Ahd Tamimi wurde von einem israelischen Militärgericht zu acht Monaten Haft verurteilt, weil sie einen Soldaten geohrfeigt hatte.



BUCH // TRAUM UND WIRKLICHKEIT

Die Pioniere des Zionismus träumten davon, den Juden einen eigenen Staat zu errichten, und das ist ihnen auch gelungen. Das andere Ziel des Zionismus war es, eine neue, demokratische, freie und gerechte Gesellschaft aufzubauen, die den moralischen und ethischen Werten des Judentums entsprechen und in der Gerechtigkeit im Sinne der biblischen Propheten herrschen sollte. Von diesem Ziel ist Israel heute weiter entfernt denn je, zeigt Abraham Melzer in seinem Buch auf. Viele Israelis sind der Meinung, dass Israel auf seinen Untergang hinsteuert. Und wenn der Staat auch noch für einige Jahrzehnte überleben sollte, dann bleibt immer noch die Frage, als was für

ein Staat? In der Zeitung Maariv sagte der israelische Dichter Amos Oz: „Wenn wir weiter über ein anderes Volk herrschen werden, wird es hier entweder einen arabischen Staat geben, oder es wird hier eine jüdische Diktatur geben, die mit eiserner Hand die Araber, aber auch die Juden unterdrücken wird, die anderer Meinung sein werden. Es gibt keinen dritten Weg.“

JENS BERGER

Abraham Melzer: Die Antisemitenmacher.

Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert, 288 Seiten, Broschur, Westend Verlag 2017, 18,00 €



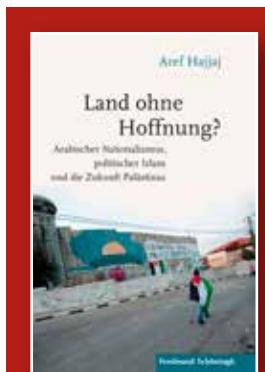
AUSSTELLUNG // EMPFEHLENSWERT

„Welcome to Jerusalem“ heißt die Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin. In der Erwartung einer einseitigen und parteiichen Darstellung besuchte ich die Ausstellung und wurde positiv überrascht. Im ersten Raum das interessanteste Stück: ein großes Modell des Tempelberges aus dem Jahre 1879 von dem evangelischen Missionar Conrad Schick, gefertigt für das Amsterdamer Bibelmuseum. Die weiteren Räume didaktisch gelungen und relativ ausgewogen. Unter der Überschrift: „Wohin, Jerusalem ...“ schreibt Daniel Seidelmann im Katalog: entweder eine politisch geteilte Stadt im Herzen einer Zwei-Staaten-Lösung oder ein autoritäres, Apartheid-artiges Regime, das Israels Ende als jüdischer und demokratischer Staat verkörpern würde.

Von der Zeit des zweiten Tempels und seiner Eroberung durch Rom über die osmanische Herrschaft und die britische Mandatszeit bis zum 21. Jahrhundert wird eine Stadtgeschichte thematisiert, in der Alltag, Religion und Politik unauf löslich miteinander verflochten sind. Zu sehen sind wertvolle historische Objekte und Modelle, die erstmals in Berlin gezeigt werden, mediale Installationen, die eigens für die Schau entwickelt wurden und Arbeiten von Yael Bartana, Mona Hatoum, Gustav Metzger und Fazal Sheikh.

JAN-GÜNTER FRENZEL

<https://www.jmberlin.de/ausstellung-welcome-to-jerusalem>



BUCH // NATIONALISMEN

Die Leser*innen werden in den ersten zwei Kapiteln in die Geschichte und Entwicklung der arabischen Völker und Nationen, ihren Verflechtungen auch mit der europäischen Geistesgeschichte im osmanisch besetzten und dann unter Europäern aufgeteilten Nahen Osten eingeführt. Ein willkommenes Nachschlagewerk! Ab Seite 71 beginnt dann die Auseinandersetzung mit der Palästinafrage und deren Stellenwert im Nahen Osten, insbesondere in der ägyptischen Außenpolitik Nassers. Über die Nakba, die Entwicklung eigener palästinensischer Parteien und die palästinensische Auseinandersetzung mit dem politischen Islam werden wir zur palästinensischen Nationsbildung geführt, die sich interessanter- oder auch logischerweise in der Diaspora vollzog. Palästina muss sich mit dem politischen Islam und den

Parteien, vornehmlich Fatah und Hamas, auseinandersetzen sowie mit dem mittlerweile gescheiterten Friedensprozess und mit dessen Konsequenzen. Man darf gespannt sein, welchen Ausblick der Autor anbietet und zu welchem Schluss er kommt: Absage an Nationalismen, Absage an die vermutlich endgültig verspielte Zweistaatenlösung und die Voraussetzungen und Konditionen der Bildung eines binationalen Staates mit gleichen Rechten für die Angehörigen beider Völker und das mit der erforderlichen Unterstützung von außen.

GISELA SIEBOURG

Aref Hajjaj: Land ohne Hoffnung? – Arabischer Nationalismus, politischer Islam und die Zukunft Palästinas. 167 Seiten, kartoniert, Ferdinand Schöningh Verlag, 2017, 19,90 €



FOTOAUSSTELLUNG // RUHIG UND SCHÖN

Die Fotoausstellung von Professor Heiner Schmitz: „Land der Vergessenen – Landschaftsfotografien aus Palästina“ widmet sich dem Thema Wasser und Trockenheit in Israel, den palästinensischen Gebieten und Jordanien. Zitate aus der Bibel, dem Koran und

dem Talmud, die ebenfalls von Wasser oder Trockenheit handeln, ergänzen die Fotomotive und unterstreichen die Intention des Fotografen, das Gemeinsame und Verbindende in den drei Religionen aufzuspüren.

<http://www.studioschmitz.de/>



BUCH // WICHTIG

Erstmals liegen in kommentierter Gesamtschau – die wichtigsten „Palästina-Papiere“ der vergangenen 100 Jahre vor: Positionsbestimmungen internationaler Mächte und Organisationen bzw. israelischer, arabischer und palästinensischer Akteure sowie binationale israelisch-palästinensische Friedensinitiativen, unterlegt durch themenrelevantes Kartenmaterial. Angelika Timm ist Nahostwissenschaftlerin und Israel-Expertin (Promotion 1976, Habilitation 1987). Sie lehrte an der Humboldt-Universität (1988–1998),

an der Freien Universität Berlin (1999–2002) und an mehreren israelischen Universitäten.

Timm, Angelika (Hg*in):

100 Dokumente aus 100 Jahren – Teilungspläne,

Regelungsoptionen und Friedensinitiativen im israelisch-palästinensischen Konflikt (1917–2017)

Schriftenreihe des diAk – Band 42–43

728 Seiten, AphorismA Verlag, 2017, 35,00 €

KUNSTAUSSTELLUNG // GLOBALES JERUSALEM

Der palästinensische Fotokünstler Steve Sabella, geboren 1975 in Jerusalem, lebt und arbeitet in Berlin. Er benutzt die Fotografie als kraftvollen künstlerischen Ausdruck des „existentiellen Exils“ und erforscht vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte die Entstehung und Demontage von Identitäten. Seine fotografischen Projekte scheinen ohne Referenz an irgendeine Zeit oder irgendeinen Landstrich zu sein. Andererseits sind sie verwurzelt in der immer mehr gespaltenen Stadt Jerusalem. Die Erfahrung von

Stacheldraht, Hauszerstörungen oder Mauer ist allgegenwärtig im Bewusstsein des Künstlers. In „Metamorphosis“ (2012) kommt sein Jerusalem zum Vorschein. Veranstalter dieser Ausstellung ist der Kunstverein Barsinghausen e.V. in Kooperation mit der Palästina Initiative Region Hannover.

PALÄSTINA INITIATIVE REGION HANNOVER

„Metamorphosen“ – Fotografische Arbeiten von Steve Sabella, <http://www.stevesabella.com/>



Abbildung: Steve Sabella
(Credit: Clementine Butler-Gallie)

FILM // TABU: NAKBA

Der Dokumentarfilm behandelt Israels größtes Tabu: die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, die 1948 zur Staatsgründung Israels führte – im Arabischen genannt die Nakba – die palästinensische Katastrophe. Eine Auseinandersetzung mit diesem Thema – mit der Zerstörung hunderter palästinensischer Dörfer und der Vertreibung hunderttausender Menschen, findet in der israelischen Gesellschaft kaum statt. Im Gegenteil – erst 2011 erließ das israelische Parlament das „Nakba-Gesetz“, das ein öffentliches Gedenken an die Nakba unter Strafe stellt. Der Film folgt den Kriegsveteranen Tikva Honig-Parnass und Amnon Noiman, die das Schweigen über ihre Taten im Krieg brechen.

Der Film erzählt auch die Geschichte der israelischen Regisseurin Lia Tarachansky, die in einer Siedlung im Westjordanland aufwuchs, aber erst als Erwachsene die Probleme der israelischen Besetzung Palästinas zu realisieren begann. Als die Zweite Intifada im Jahr 2000 ausbrach, zog ihre Familie nach Kanada. Hier lernte sie zum ersten Mal Palästinenser*innen und deren Geschichte kennen.

INGRID RUMPF

On the Side of the Road – Israels kollektive Verdrängung der Ereignisse von 1948 (der Nakba)
Lia Tarachansky, Dokumentarfilm, 2013,
<https://www.facebook.com/onthesideoftheroad>



TANZ // STRASSE ALS SPIELPLATZ

Muhammad Tamim gehört zum Flucht-Ensemble grubengold am Prinzregententheater Bochum: „Ich bin in den Straßen aufgewachsen, dem größten Theater, dem wirklichen Theater. Die Straße war mein Spielplatz, mein Freiraum, hier lernte ich zu geben und zu nehmen. Mit acht Jahren stand ich zum ersten Mal auf der Bühne. Ich habe einen meiner besten Freunde im Lager, einen Theaterregisseur, verloren, der unter der Folter des syrischen Regimes gestorben ist, weil er die Bühne liebte. Nachdem sie ihn getötet hatten, ist das Theater für

mich zur wirklichen Realität geworden. 2013 habe ich mit einem Freund den Kurzfilm »Sweat« gedreht – über den Krieg und die Flucht und das Leben und die Gedanken.“

Der palästinensische Tänzer interpretiert Flucht, Vertreibung und Exil und kann zu Veranstaltungen angefragt werden.

<http://prinzregententheater.de/kontakt.html>



BUCH // JAHRESBRIEFE UND WEGGEFÄHRT*INNEN

Reuven Moskovitz (1928–2017) war ein israelischer Friedensaktivist und hat seit Mitte der siebziger Jahre regelmäßig Deutschland bereist. Sein neues Buch wurde von seinen deutschen Freunden herausgegeben. Es versammelt grundsätzliche Überlegungen und Einschätzungen des Versöhnungsaktivisten zur Entstehung des Konfliktes. Im zweiten Teil des Buches sind sowohl seine offenen Briefe an offizielle deutsche Stellen abgedruckt als auch das Medienecho darauf.

Es ist die unkommentierte Übernahme dieser deutschen Pressestimmen. Im dritten Teil kommen Weggefahren vom Reuven Moskovitz zu Wort.

LERCHENFLUG.DE

Martin Breidert und Ekkehart Drost (Hsg.): Ein Leben für Gerechtigkeit, Liebe und Versöhnung
256 Seiten, Paperback 15,00 € plus Versandkosten
zu beziehen über gesine-anna.janssen@t-online.de



FILM // CHRISTLICHES ZEUGNIS

Das Christentum wurde vor 2000 Jahren in Palästina geboren. Heute gibt es noch rund 170 000 Christ*innen in Palästina, die meisten leben in Betlehem und Umgebung. Dieser Film folgt Christ*innen aus dem Dorf Biram in Galiläa, die während der Nakba von dort vertrieben wurden. Sie mussten in die benachbarten Länder fliehen bzw. in andere Orte in Palästina. Der Film zeigt den Mut und den Widerstand der Palästinenser*innen gegen die Militärbesatzung. Im Film kommen bekannte christliche Stimmen zu Wort: die ehemalige Ministerin Hanan Ashrawi, der lutherische Pastor Mitri Raheb, der Präsident der Bir Zeit Universität Gabi Baramki,

der emeritierte Patriarch Michel Sabbah, die Ladenbesitzerin Claire Anastas, die Zeugnis geben vom Leiden der Palästinenser*innen. Der Film bezieht sich auf das Evangelium nach Lukas: „Wenn sie schweigen, so sage ich euch, werden die Steine schreien.“

WOMAN IN BLACK, WIEN

„THE STONES CRY OUT“
Voices of the Palestinian Christians
Filmemacherin: Yasmine Perni
50 Minuten, 2013, Englisch
www.thestonescryoutmovie.com



Das Kamel & der Hahn



Eines Tages geriet ein Mann in einen großen Zorn auf sein Kamel und schwor, es für fünf Groschen zu verkaufen. Als sein Zorn verrauchte war, tat ihm sein Schwur leid, aber er sah keinen Weg, ihn zu umgehen. Er würde das Kamel, das etwa 300 Dinare wert war, für nur fünf Groschen verlieren, wenn er seinen Eid halten wollte. In seiner Ratlosigkeit ging er zu einem Scheich und schilderte ihm seinen Fall. Dieser riet ihm, einen Hahn für fünf Groschen zu nehmen, ihn dem Kamel an den Schwanz zu binden und sie auf dem Markt nur gemeinsam zu verkaufen: das Kamel für fünf Groschen, den Hahn jedoch für 300 Dinare. Der Mann handelte nach diesem Rat. Die Leute auf dem Markt kamen nun zu ihm, betrachteten seine Ware, wandten ihm den Rücken zu und murmelten:

„Wie preiswert ist das Kamel, wäre doch der Hahn nicht an seinen Schwanz gebunden!“

So ähnlich erging es uns Palästinensern. Wir begrüßten die Engländer mit größter Begeisterung, weil wir glaubten unter ihrer Besatzung endlich in Ruhe und Frieden leben zu können. Unsere Kinder sollten zur Schule gehen. Aber sehr bald – schon 1920 – wurde uns klar, wie fest der „zionistische Hahn“ mit dem Schwanz des guten britischen Kamels verbunden war. Dieses Kamel hat uns seitdem viele Kopfschmerzen bereitet. Es stand hinter der Zerstörung unserer Heimat, hinter dem Verlust von Land und Menschen und hinter der Entwurzelung eines ganzen Volkes. Und es verursachte auch die Ereignisse, nach denen seit 1948 mehrere hunderttausend Palästinenser in Flüchtlingslagern leben müssen.

JABER MUSSA NASSAR
WAR SCHULLEITER DER
EVANGELISCHEN SCHULE IN BEIT
SAHOUR/WESTJORDANLAND



Likud gibt Startschuss für Annexion des Westjordanlandes

Die zweitstärkste israelische Regierungspartei, der auch der gegenwärtige Regierungschef Benjamin Netanjahu angehört, hat die Annexion des größten Teils des Westjordanlandes beschlossen. Das ist mehr als nur irgendein Partei-Beschluss. Die Absicht genießt auch in den anderen Fraktionen der Regierungskoalition allerhöchste Priorität. Mit Trumps Unterstützung im Rücken glauben die israelischen Nationalisten und Nationalreligiösen nun, endgültige Fakten schaffen zu können und das alte zionistische Ziel realisieren zu können: aus dem früheren multireligiösen Mandatsgebiet Palästina ein jüdisches „Eretz Israel“ machen zu können – aber ohne Palästinenser*innen.

Die einheimischen Palästinenser*innen, die seit Jahrhunderten dieses Land bewohnen, haben nie eine Rolle gespielt. Sie waren und sind nur ein Störfaktor für die Realisierung des zionistischen Projekts. Eigentlich gibt es dieses Volk in der zionistischen Sichtweise gar nicht. Und da sie nun doch da sind, erklärte man sie zu „Terroristen“ und „Nazis“, um eine Rechtfertigung für ihre Unterdrückung und den Kampf gegen sie zu haben. Die ganze „Schuld“ dieses Volkes besteht allein darin, Palästinenser*innen zu sein, im „falschen“ Land zu existieren, das nach zionistischer Auffassung allein den Juden gehört.

Der Likud hat mit seinem Annexionsbeschluss den Startschuss gegeben, andere werden mit Sicherheit bald folgen. Dass hier einer der schlimmsten Völkerrechtsbrüche der letzten Jahre vorbereitet wird, schert den Likud nicht. So ist die Justizministerin Ayelet Shaked der Meinung, dass der Zionismus mit Völkerrecht und Menschenrechten nichts zu tun habe, weil er seine eigene Gesetzlichkeit und Moral verfolge. Allerdings sollten die anderen Staaten alarmiert sein.

Noch ist die Annexion kein offizieller Regierungs- und Parlamentsbeschluss, aber er wird kommen. Wenn die Annexion spruchreif wird, gibt es keine Ausreden und keine Entschuldigungen für die Staatengemeinschaft mehr. Dann muss sie – auch Deutschland, „Staatsräson“ hin oder her – eindeutig und klar reagieren. Auch Sanktionen können dann nicht mehr ausgeschlossen werden, will man sich nicht zum Komplizen eines fatalen internationalen Rechtsbruchs machen.

Eines hat der Likud-Beschluss jetzt schon bewirkt: Er bestätigt die BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestment, Sanktionen), die ein Ende der Besatzung fordert.

ARN STROHMMEYER
AUTOR IN BREMEN

Wattebällchenwurf statt Sanktionen

Zehntausende Palästinenser*innen sind – vor allem in Gaza – zu friedlichen Protesten gegen ihre unerträglichen Lebensbedingungen vor die von Israel errichteten Sperranlagen gezogen. Die Antwort der israelischen Regierung und Armee kam prompt: Erbarmungslos wurde von Scharfschützen in die Menge geschossen – mit drohnengesteuertem Tränengas, Gummigeschossen und scharfer Munition, darunter Explosivkugeln, die besonders schwere Schäden verursachen, wie Ärzte nachgewiesen haben. Über 30 Tote sind bisher zu beklagen und über 2.800 Verletzte.

Die „Wir sind in Sorge ...“-Reaktion von Bundesregierung, EU und den meisten EU-Regierungen war vorhersehbar. Und wieder einmal unterblieben Maßnahmen wie Botschaffereinstellung, Abbruch von Beziehungen, Ausschluss aus der OECD, Zurückstufen der privilegierten Beziehungen Israels zur EU! Das liegt nicht auf der Linie von Merkel, Scholz und ihrem Zweierlei-Außen-Maß. Es geht doch nicht gegen Putin und die Russen ...

Ende letzten Jahres hatte der Bundestag Kritik an der israelischen Besatzungs-, Kolonial- und Unterdrückungspolitik mit großer Mehrheit kaum verhüllt als „antisemitisch“ gebrandmarkt, mit Strafen gedroht und jeglicher Unterstützung der palästinensischen zivilgesellschaftlichen Kampagne BDS (Boykott, Sanktionen, Desinvestment) – solange, bis Israel sich an Menschen- und Völkerrecht hält) eine scharfe Absage erteilt. Noch im Oktober hatte die alte Bundesregierung einen milliardenschweren U-Boot-Auftrag Israels an Thyssen-Krupp – teilweise wieder einmal mit Steuergeldern gesponsert – genehmigt, obwohl in Israel Korruptionsermittlungen gegen Regierungschef Netanjahu und seine Freunde laufen. Im Gegenzug will die Bundeswehr israelische Kampfdrohnen kaufen oder leasen, was inzwischen auch von der SPD abgesegnet sein soll, wie israelische Medien bejubeln. Auf solche „Freunde“ wirft man dann eben nur Wattebäuschchen und ergeht sich in Phrasen, die von der israelischen Regierung als genau das aufgefasst werden, was sie sind: pflichtschuldige Beschwichtigung der Öffentlichkeit, aber de facto eine Ermutigung, so weiter zu machen, wie bisher. „Deutschland schützt Israel“ lautet die „Staatsräson“ Angela Merkels und der Mainstream-Parteien. Das ist die Generalabsolution, um den gewohnheitsmäßigen Völkerrechtsbruch und die Apartheid-Politik der Regierung in Israel zu decken, das ist Komplizenschaft.

HERMANN DIERKES
REDAKTION PALÄSTINA JOURNAL

Mohamed Abusal

Mohamed Abusal wurde 1976 in Gaza geboren und lebt und arbeitet in Gaza. Seine künstlerischen Arbeiten sind kritische und ätzende Kommentare zu dem was in Gaza technisch und zivilisatorisch erlaubt ist. In „Metro in Gaza“ (2012) schlägt er z.B. ein Netzwerk von sieben Metrolinien vor, die die verschiedenen Gegenden Gazas verbinden. Er gestaltete dazu ein Metro-Haltestellenschild und fotografierte es überall dort, wo er sich Haltestellen vorstellen kann. „Shambar“ (2013) ist eine kreative Lichtlösung angesichts der vielen Stromausfälle im Gazastreifen. Abusal hat weltweit ausgestellt, vor allem in Frankreich, aber auch in den USA, Australien, Großbritannien und Dubai. www.abusalmohamed.com



Kaktus, 70 x 70 cm, Acryl auf Leinen, 2014

„Kaktus“ ist meine langjährige Kunststudie. Diese starke Pflanze pflanzen und nutzen die meisten Menschen hier, vermutlich weil sie kaum Aufmerksamkeit und Wasser braucht. Aber ich bin auf sie aufmerksam geworden und bin durch sie inspiriert, habe sie vermessen, fotografiert und Videoinstallationen gemacht.“

© Mohamed Abusal